

Bildungs- und Erziehungssystem der DDR – Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume

1. Strukturen des Bildungssystems
 - 1.1. „Antifaschistisch-demokratische Bildungsreform“ 1945–1949
 - 1.2. Aufbau sozialistischer Bildungsinstitutionen 1949–1961
 - 1.3. Gestaltung des Bildungssystems ab 1961/62
2. Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit
 - 2.1. Erziehungsziel sozialistische Persönlichkeit
 - 2.2. Aneignung sozialistischer Werte
3. Vermittlung im Bildungs- und Erziehungswesen
 - 3.1. Rolle der Schule
 - 3.2. Schulische Bildung im Dienste der SED am Beispiel des Geschichtsunterrichts
 - 3.3. Politische Indoktrination in der Schule: das Fach Staatsbürgerkunde
 - 3.4. Wehrerziehung in der Schule: Haß gegen den Klassenfeind
4. Rolle des Pädagogen
5. Wirksamkeit politischer Indoktrination
6. Forschungsdefizite und Literaturhinweise

1. Strukturen des Bildungssystems

Aufbau, Entwicklung und Gestaltung des Bildungswesens in der DDR sind hinlänglich untersucht.¹ Die Analyse konzentriert sich daher im ersten Teil schwerpunktmäßig auf die Instrumentalisierung der Bildungseinrichtungen durch die SED und deren Bemühungen, ihre ideologischen Ziele vor allem über die schulische Bildung zu realisieren. Im Mittelpunkt dieser Bildungspolitik stand die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit (siehe Teil 2), die Frage, wie dieses Bildungs- und Erziehungsziel in der Schule vermittelt werden sollte.

¹ Es sei hier verwiesen auf die Arbeiten von Oskar Anweiler, Dieter Waterkamp, Andreas Fischer, Siegfried Baske, Wolfgang Mitter u. a., ferner aus dem Selbstverständnis der DDR-Pädagogik auf die Darstellungen von Karl-Heinz Günther.

1.1. „Antifaschistisch-demokratische“ Bildungsreform 1945–1949

Der Aufbau eines sozialistischen Bildungssystems begann in der ersten Phase von 1945 bis 1949 mit der „antifaschistisch-demokratischen“ Schulreform.² Bereits 1945 hatte die Zusammenfassung der in der SBZ zugelassenen Parteien zur „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zur Folge, daß die offene, demokratische Diskussion über die Neugestaltung des Bildungs- und Erziehungswesens stark eingeschränkt wurde. Zunächst wurden die Schlüsselpositionen in der Verwaltung durch Kommunisten besetzt. Mit exekutiven Befugnissen ausgestattete sowjetische Bildungsoffiziere wirkten beim organisatorischen Wiederaufbau der Bildungseinrichtungen aber auch bei grundsätzlichen inhaltlichen Entscheidungen maßgeblich mit. Mit der „Deutschen Verwaltung für Volksbildung“ wurde eine zentrale Verwaltungsbehörde für das gesamte Bildungswesen eingerichtet, aus der 1949 das Ministerium für Volksbildung hervorging. 1951 folgten eigenständige zentrale Verwaltungen für die Berufsbildung und für das Hochschulwesen. Diese Maßnahmen schränkten den Bedeutungsumfang der propagierten „Volksbildung“ auf das allgemeinbildende Schulwesen ein.

Die ersten politischen Maßnahmen ab dem Sommer 1945 ließen bereits das Ziel erkennen, das Bildungswesen nach sowjetischem Vorbild und zugleich der Tradition der deutschen marxistischen Arbeiterbewegung verpflichtet, neu zu gestalten: Auflösung der Privatschulen (25. Aug. 1945); Ersetzen von Zehntausenden von Lehrern durch „Heranziehung geeigneter Antifaschisten“ ohne pädagogische Vorbildung als Hilfslehrer; einheitliche Lehrpläne für Grund- und Oberschulen (1. Juli 1946); Gründung einer einheitlichen Jugendorganisation (26. Febr. 1946); bevorzugte Zulassung von Bewerbern aus Arbeiter- und Bauernschichten zum Studium. Diese bildungspolitischen Maßnahmen setzten weitgehend die Forderungen um, die bereits im gemeinsamen Aufruf von KPD und SPD zur demokratischen Schulreform vom 18. Oktober 1945 erhoben worden waren.³ Die dort ebenfalls formulierte „Schaffung eines einheitlichen Schulsystems“ erfolgte in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone im Mai/Juni 1946 durch das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“, mit dem erstmals in Deutschland eine achtjährige, gemeinsame

2 Zur Frage der Periodisierung und der Entwicklung des Bildungssystems, siehe: Oskar Anweiler: Schulpolitik und Schulreform in der DDR. Opladen 1989, S. 19 ff.; Dietmar Waterkamp: Handbuch zum Bildungswesen in der DDR. Berlin 1987, S. 13–61; Siegfried Baske (Hrsg.): Bildungspolitische und pädagogische Probleme der Schulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1984; Andreas Fischer: Das Bildungssystem der DDR. Entwicklung, Umbruch und Neugestaltung seit 1989. Darmstadt 1992, S. 29–48; Karl-Heinz Günther u. a.: Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik, 3. Aufl. Berlin (Ost) 1989.

3 Vgl. Demokratische Schulreform. Bericht über die gemeinsame Kundgebung der KPD und SPD am 4. November 1945. Berlin o.J.

Schule für alle Kinder eingeführt wurde. Die gesetzlichen Bestimmungen wurden von den Präsidien der Landes- und Provinzialverwaltungen bereits vor den ersten Landtagswahlen im Oktober 1946 erlassen, waren also nicht parlamentarisch legitimiert.

Die im Schulgesetz verankerte „neue deutsche Schule“ setzte sich ausdrücklich nicht nur von der nationalsozialistischen Schule sondern insgesamt auch von der „Standesschule“ vor 1933 ab, da jene soziale Gruppen benachteiligt habe. § 2 sah „ein für Jungen und Mädchen gleiches, organisch gegliedertes, demokratisches Schulsystem – die demokratische Einheitsschule“ vor. Der Gedanke der Einheitsschule wurde seitdem immer wieder als bedeutende sozialpolitische Errungenschaft gefeiert. Jedoch blieb das pädagogische Problem weitgehend ungelöst, wie im Rahmen dieser Schule eine Differenzierung möglich und organisatorisch durchzuführen wäre, die individuelle Begabungen und Interessen im Sinne der Betroffenen wie auch der intendierten gesellschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigen könnte.⁴

Das Bildungswesen gliederte sich nach dem Schulgesetz von 1946 in vier Stufen:

1. Vorstufe (Kindergarten);
2. achtklassige Grundstufe (Grundschule) mit Unterricht in einer modernen Fremdsprache ab der 5. Klasse;
3. Oberstufe unterteilt in dreijährige Berufsschule und Fachschule sowie die vierjährige Oberschule;
4. Hochschule (Universität).⁵

Das Schulgesetz erfüllte jedoch nicht die traditionellen sozialistischen Forderungen nach kollegialer Schulleitung und Wahl des Schulleiters, vielmehr wurde die Verantwortung für die einzelne Schule dem vom Landespräsidenten zu ernennenden Schulleiter übertragen. Dieses Verfahren entsprach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus und der Praxis in der Sowjetunion. Im Juli 1946 wurden an allen Universitäten Pädagogische Fakultäten zur Ausbildung der Lehrer der Klassenstufen 5 bis 8 eröffnet. Aber an die Stelle der Universitätsausbildung für alle Lehrer trat mit der Neuregelung der Lehrerbildung vom 15. Mai 1953 das dreiteilige System der Sowjetunion.

In dieser ersten Aufbauphase verfolgte die SED-Führung von Anfang an die ideologische Zielsetzung, den Erziehungsauftrag der Bildungseinrichtungen den jeweils von der Politik festgelegten Maßgaben anzupassen; d. h. die ideologische Beeinflussung ging einher mit der innerparteilichen Formung

4 Siehe Dietmar Waterkamp: Das Einheitsprinzip im Bildungswesen der DDR. Eine historisch-systematische Untersuchung. Bildung und Erziehung, Beiheft 3. Köln und Wien 1985.

5 Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule, § 3; in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente, Teil I, hrsg. von S. Baske u. M. Engelbert. Berlin 1966, S. 25 f.

der SED zur „Partei neuen Typus“ auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Ab dem Herbst 1947 verstärkte die SED ihre Bemühungen, durch Schulungsarbeit den Einfluß der Partei in der Bildungs- und Jugendarbeit auszuweiten.⁶ Obwohl Ende 1947 bereits jeder neunte Erwachsene in der SBZ und rund 40 Prozent der Lehrer Mitglied der SED waren⁷, erachtete die Parteiführung den Grad der ideologischen Durchdringung der Gesellschaft und die Aktivierung ihrer Mitglieder als unbefriedigend. Daher wurden in den Entschlüssen des Dritten Pädagogischen Kongresses im Juli 1948 u. a. „die Erfüllung der Bemühungen um die Erziehung der deutschen Jugend im Geist des Schulgesetzes und des Erziehungsprogramms“ und „die ideologische Festigung der Lehrerschaft“⁸ als vorrangige Aufgaben des nächsten Jahres festgelegt. Die Kampagne leitete Hans Siebert, Hauptreferent des ZK für Schul- und Erziehungsfragen und später Leiter der Hauptabteilung Unterricht und Erziehung in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. Er forderte auf der „Lehreraktivistenkonferenz“ in Leipzig Mitte November 1948 die kritische Auseinandersetzung mit der „spätbürgerlichen Reformpädagogik“ und trat für das Studium der marxistischen Erziehungswissenschaft und der Sowjetpädagogik ein, um auf dieser Grundlage ein „modernes, deutsches, demokratisches Erziehungswesen“ aufbauen zu können.⁹

1.2. *Aufbau sozialistischer Bildungsinstitutionen 1949–1961*

Die DDR-Pädagogen bezeichneten den IV. Pädagogischen Kongreß im August 1949 in Leipzig als Abschluß der „antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung des Schulwesens“ und als „Auftakt“¹⁰ des Aufbaus eines sozialistischen Bildungswesens. Diese zweite Phase reichte bis 1961/62. Sie verfolgte mehrere Ziele:

a) Die Periode von 1949–1955 war – nach dem Selbstverständnis der DDR-Pädagogik – vor allem durch die Vorlage der „ideologisch-theoretischen

6 Siehe: Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 18. Okt. 1947 „Verstärkung der sozialistischen Bildungsarbeit“; „Intellektuelle und Partei“ vom 11. Februar 1948; „Zur Jugendarbeit der Partei“ vom 15. April 1948; „Verstärkung und Verbesserung der Parteischulungsarbeit“ vom 30. Juni 1948.

7 Vgl. Hermann Weber: *Geschichte der DDR*. München 1985, S. 177.

8 Entschlüssen des Dritten Pädagogischen Kongresses; in: *Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik*, a.a.O., Teil I, S. 75 f.

9 Hans Siebert: *Neue Lehrer im Kampf um die Erfüllung des Zweijahrplans*. Rede auf dem Aktivistentag der Lehrer in Leipzig vom 15. bis 17. November 1948; in: *Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik*, Teil I, a.a.O., S. 85 ff.

Vgl. Ruth Müller: *Gedanken zur Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik 1949–1955*; in: *Wiss. Zs. der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschaftliche und Sprachwissenschaftliche Reihe*, Heft 4/1967.

10 Karl-Heinz Günther/Gottfried Uhlig: *Zur Entwicklung des Volksbildungswesens auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik 1946–1949*; in: *Monumenta Paedagogica*, Band III. Berlin 1968, S. 200.

Grundpositionen der neuen deutschen Pädagogik in der DDR“ gekennzeichnet.¹¹ 1952/53 erfolgte die theoretische Begründung einer sozialistischen Pädagogik¹² als Wissenschaft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Werner Dorst, der Direktor des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts charakterisierte, ausgehend von der Sowjetpädagogik, Gegenstand und Aufgabe dieser Pädagogik:

„1. Möglichst genaue Bestimmung durch Abgrenzung des Gegenstandes der Bildung und Erziehung als besonderer gesellschaftlicher Erscheinungen. Klärung der wichtigsten pädagogischen Begriffe.

2. Anwendung des dialektischen und historischen Materialismus als Instrument zur Erforschung dieses Gegenstandes und – auf dieser Grundlage – Herausarbeitung und Erprobung spezieller Verfahren und Methoden der pädagogischen Forschung.

3. Herausarbeitung objektiver Wahrheiten und ihre Zusammenfassung durch die wissenschaftliche materialistische Weltanschauung des Marxismus-Leninismus.

4. Unmittelbare Verbindung der Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft mit den aktuellen Aufgaben, die die Entwicklung der Gesellschaft auf diesem Gebiet stellt.“¹³

- b) Diese bildungspolitische Leitlinie fand ihren konkreten Niederschlag in den Kampagnen 1951 und 1952 zum Studium der sowjetischen Pädagogik bei gleichzeitiger Wendung gegen die deutsche Reformpädagogik. Neben der obligatorischen Schulung in Sowjetpädagogik wurden die ersten „marxistisch-leninistischen“ Lehrpläne am 1. September 1951¹⁴ und Russisch als einzige Fremdsprache – ab der 5. Klasse – eingeführt. In den neuen Lehrplänen 1951/52 verfolgte die SED mit dem Russischunterricht vor allem ideologische und propagandistische Ziele, was in der Bevölkerung

11 Ruth Müller: Gedanken zur Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft, a.a.O., S. 481.

12 Zur sozialistischen Pädagogik, siehe u. a.:

Johannes Niermann: Sozialistische Pädagogik in der DDR. Eine wissenschaftstheoretische Untersuchung. Heidelberg 1972;

Werner Dorst: Einheit von Bildung und Erziehung und der Gegenstand der Pädagogik; in: Pädagogik, Heft 1/1966;

Helmut König: Vom „pädagogischen Provinzialismus“ zur „pädagogischen Provinz“; in: Pädagogik, Heft 7/1965;

Helmut König: Pädagogik in unserer Zeit; in: Wiss. Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Ges. Sprachw. Reihe, Heft 2/1967;

Gerhart Neuner: Ideologisch-theoretische Probleme der Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft; in: Einheit, Heft 9–10/1969. Vgl. auch die Literaturangaben in Anm. 2.

13 Werner Dorst: Erziehung, Bildung, Unterricht in der deutschen demokratischen Schule; in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik, a.a.O., Teil I, S. 224.

14 Siehe Karl-Heinz Günther/Gottfried Uhlig: Geschichte der Schule der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost) 1974, S. 95.

wie in den Schulen lange auf Widerstand stieß.¹⁵ Ein weiteres Indiz für die Vorbildfunktion der Sowjetpädagogik waren die nach dem XI. Kongreß der KPdSU auch in der DDR einsetzenden Diskussionen über den polytechnischen Unterricht, wenn sie auch zunächst noch ohne greifbares Ergebnis blieben.¹⁶

In dieser Periode setzten auch die ersten Überlegungen zur Einführung der Zehnklassenschule ein, die Walter Ulbricht auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 damit begründet hatte, daß es „die Erfüllung der großen Aufgaben des Fünfjahrplans“ notwendig mache, „daß auch Zehnklassenschulen eingeführt werden, deren Schüler zum Studium an Ingenieurschulen oder Schulen ähnlichen Charakters übergehen könnten.“¹⁷

In welchem Ausmaß in dieser Phase die Ideologisierung des Bildungswesens betrieben wurde, verdeutlichen einige Zahlen: 1951–1952 mußten alle Lehrer, Kindergärtnerinnen und Heimerzieher an obligatorischen Weiterbildungskonferenzen über die Grundlagen der Sowjetpädagogik teilnehmen.¹⁸ Es liegen keine genauen Zahlen darüber vor, wieviele Lehrer, Hochschullehrer und Schulfunktionäre nach 1949 abgesetzt oder aus ihrer Bildungseinrichtung verwiesen wurden. Jedoch verließen nach Schätzungen 1949 bis 1953 etwa 9.000 Lehrkräfte DDR und nach amtlichen Zählungen zwischen 1954 und 1961 17.877 Lehrer und 769 Hochschullehrer die DDR.¹⁹

- c) Die Diskussion um die Zehnklassenschule sowie die polytechnische Bildung und die Bemühungen, deren Notwendigkeit zu begründen, weisen zugleich auf den engen Zusammenhang von Bildungspolitik und wirtschaftlichen Bedingungen in der DDR hin²⁰; d. h. Erziehung und Ausbildung orientierten sich vorrangig am Bedarf an Arbeitskräften in der Volkswirtschaft. In den fünfziger Jahren führte diese Bildungspolitik dahin, daß wegen der starken Nachfrage nach Arbeitskräften die Berufs- und Weiterbildung vor allem zeitlich eingeschränkt und die Fachschul- und Hochschulbildung auf spezielle Arbeitstätigkeiten ausgerichtet wurden.
- d) Die „sozialistische Umgestaltung“ des Bildungswesens – insbesondere der Schule – wurde um 1955 verstärkt und in den sechziger Jahren mit der Einrichtung des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens abgeschlossen. Auf dem V. Pädagogischen Kongreß 1956 wurde zunächst die „zehnklassige allgemeinbildende Mittelschule“ als „die dem sozialistischen Aufbau

15 Siehe Roland Schmidt: Die ideologische Funktion des Russischunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR – dargestellt an den Lehrplanzielen von 1946 bis zur Gegenwart; in: *Wiss. Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig* 24 (1975), S. 361–375.

16 Zur polytechnischen Bildung, siehe: Oskar Anweiler: *Schulpolitik und Schulsystem*, a.a.O., Kap. 2.4.

17 „Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft“; in: *Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik* a.a.O., Band I, S. 162.

18 Siehe *Monumenta Paedagogica*, Reihe C. Band VI, S. 375–379.

19 Zahlenangaben auf der Basis der Antragsteller im Bundesnotaufnahmeverfahren; siehe: Oskar Anweiler: *Schulpolitik und Schulsystem in der DDR*, a.a.O., S. 55.

20 Siehe hierzu vor allem: Dietmar Waterkamp: *Das Einheitsprinzip im Bildungswesen der DDR* a.a.O.

entsprechende Schulform“²¹ und künftig obligatorische Schule propagiert. In den Thesen „Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR“ forderte das ZK der SED am 17. Januar 1959 dann den Aufbau der zehnklassigen allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule ausdrücklich als „Grundlage für die berufliche Tätigkeit und für alle weiterführenden Bildungseinrichtungen“.²² Die Phase des Experimentierens hinsichtlich der strukturellen Gliederung der Schule fand ihren vorläufigen Abschluß in dem Gesetz vom 2. Dezember 1959, das die zehnklassige allgemeinbildende Polytechnische Oberschule zur Pflichtschule erklärte. Damit war zugleich das gesamte Bildungswesen auf eine polytechnische Grundlage gestellt. Der Weg über die Berufsausbildung wurde folglich auch zum wesentlichen Zugang für die Fach- und Hochschule erklärt.

- e) In dieser Periode fand die Pädagogik im Anschluß an die „Revisionismus-Diskussion“ 1956/57²³ ihre wissenschaftliche, ideologische und politische Begründung. Die stark an der Sowjetpädagogik orientierte Wissenschaft verstand sich in der Folgezeit als eine Disziplin, welche die Theorie des Inhaltes ihres Gegenstandes aus dem Marxismus-Leninismus herleitete, sich „mit der bewußten, systematischen und planmäßigen Entwicklung der Menschen“ und dem „Problem der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit“ befaßte.²⁴ Der so verstandenen Pädagogik bediente sich die SED zunehmend zur Lösung praktischer Aufgaben. Kurt Hager, der damalige Vorsitzende der Schulkommission beim Politbüro der SED, umriß auf der III. Hochschulkonferenz im Frühjahr 1958 deren künftige Aufgabe: Verurteilung der „opportunistischen und revisionistischen Auffassungen“, „energischer Kampf für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus auf dem Gebiet der Pädagogik“ und ein „klares Verhältnis zur Politik unserer Partei und unserer Weltanschauung“.²⁵

1.3. Gestaltung des Bildungssystem ab 1961/62

Ab 1961/62 setzte die dritte Phase der „Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ ein, die mit zwei deutlichen Akzentsetzungen 1971 und 1981 bis zum Ende der DDR reichte.

21 Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Aus den Verhandlungen des V.Pädagogischen Kongresses Leipzig 1956. Berlin 1956, S. 405.

22 „Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR“; in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Band VII. Berlin (Ost) 1961, S. 508 ff.

23 Die Diskussion setzte nach der Verurteilung des Stalin-Kultes auf dem XX. Parteitag der KPdSU ein im Umfeld des V.Pädagogischen Kongresses im Mai 1956 in Leipzig und endete im Herbst 1957 mit der Maßregelung abweichender Strömungen als „revisionistisch“.

24 Lothar Oppermann: Was ist die Pädagogik, und wo sind die entscheidenden Ansatzpunkte für die Anwendung pädagogischer Erkenntnisse in der Parteiarbeit?; in: Der Parteiarbeiter, Parteiarbeit und Pädagogik, Heft 9/1965, S. 7–27.

25 Kurt Hager: Der Kampf für die weitere sozialistische Umgestaltung der Universitäten und Hochschulen der DDR; in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik, a.a.O., Teil I, S. 364.

Das Schulgesetz von 1959 hatte sich in der Praxis als nicht durchführbar erwiesen; denn die zehnklassige Oberschule war nur dem Namen nach eine zur Hochschulreife führende Oberschule. Auch die Erweiterte Oberschule (EOS) ermöglichte zudem nur über Ausleseverfahren²⁶ den Weg zur Hochschule. „Der Hauptweg zur Entwicklung des Fach- und Hochschulnachwuchses“ von der Oberschule über die Berufsausbildung blieb damit ebenso unrealistisch wie der zeitweilige Versuch, die gesamte berufliche Grundausbildung bereits in der 10.Klasse zu vermitteln. Damit scheiterte auch der bildungspolitische Kurs, sowjetische Erfahrungen ohne zureichende theoretische Reflexion einfach zu übernehmen.

Der entscheidende Anstoß für ein neues bildungspolitisches Konzept erfolgte auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 mit dem dort proklamierten Ziel des „umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR“. Die gesellschaftliche Funktion des Bildungswesens wurde in noch stärkerem Maße als bisher im Kontext der ökonomischen Aufgaben – Steigerung von Produktion und Arbeitsproduktivität – unter der leitenden Idee der „Meisterung der technischen Revolution“ als Ziel der anstehenden Entwicklungsphase auf dem Wege zur Vollendung der sozialistischen Gesellschaft gesehen: „Die große Volksaussprache zur Vorbereitung des VI. Parteitages hatte zwei Hauptfragen zum Inhalt: Die neuen materiell-technischen und ökonomischen Aufgaben und die Erziehung der Menschen der sozialistischen Epoche. Die Erziehung der Menschen und die Lösung der ökonomischen Aufgaben sind eine Einheit.“²⁷

Das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ vom 25. Februar 1965 lieferte die für das gesamte Bildungswesen bis zum Ende der DDR gültige Struktur, deren Bestandteile die Einrichtungen der Vorschul-erziehung, die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die Einrichtungen der Berufsausbildung, die zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtungen, die Ingenieur- und Fachschulen, die Universitäten und Hochschulen und die Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen waren.²⁸

Das Bildungsgesetz beinhaltete den Versuch, die vorher teilweise divergierenden Teile des Bildungswesens einschließlich der „kulturellen Einrichtungen“ strukturell und inhaltlich zusammenzubinden. Im Unterschied zum Gesetz von 1959, das ausdrücklich den egalitären Auftrag der Schule hervorgehoben hatte²⁹, wird nun im Gesetz von 1965 differenzierter formuliert, daß in

26 Vorauslese nach der 6.Klasse mit dem fakultativen und später für den Zugang zur EOS obligatorischen Unterricht der zweiten Fremdsprache und weitere Auslese nach der 8.Klasse.

27 Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED. Referat von W.Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED; in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik, a.a.O., Band II, S. 242.

28 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, § 2, Abs. 2; in: GBl. 1965, Teil I, Nr. 6, S. 83 ff.

29 siehe a.a.O., § 3, Abs. 2: „Die Schule hat dafür zu sorgen, daß alle Schüler das Bildungs- und Erziehungsziel der sozialistischen Schule erreichen.“

bestimmten Fällen „die Oberschulbildung in den Einrichtungen der Berufsausbildung oder der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen beendet werden“ kann. Das Bildungsgesetz nennt ausdrücklich Maßnahmen zur Förderung individueller Begabungen und Neigungen. Trotz der Einheitlichkeit in Aufbau und Zielsetzung des Bildungssystems sind Differenzierungen nach Auswahlkriterien möglich: „Für die höheren Bildungseinrichtungen werden die Besten und Befähigsten ausgewählt. Dabei ist die soziale Struktur der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu berücksichtigen.“³⁰

Auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 wurde das gesamte Bildungswesen in die volkswirtschaftliche bzw. gesamtgesellschaftliche Planung einbezogen. Dies hatte zur Folge, daß Bildungsplanung und Bildungsökonomie unter dem Aspekt der „Schrittmacherfunktion des Bildungswesens“ ausgerichtet wurden.³¹ Die Bildungseinrichtungen von der polytechnischen Oberschule bis zur Hochschule und der beruflichen Aus- und Weiterbildung sollten sich nicht nur an der Beschäftigungssituation orientieren, sondern auch in ihren Lehrplaninhalten künftige Anforderungen der Berufe und den technischen Wandel berücksichtigen.

Die Vorstellungen der SED, daß das einheitliche Bildungssystem eine neue Elite ausbilde, die die sozialistische Planwirtschaft effektiver zu gestalten vermöge, erfüllten sich trotz mehrfacher Revision der Zielvorgaben jedoch nicht. Vielmehr trug die Bildungspolitik insofern zur „negativen Führungsauslese“ (Max Weber) bei, als Bereitschaft zur ideologischen Anpassung, Einbindung in bürokratische Strukturen und diszipliniertes Sozialverhalten höher bewertet wurden als Individualität und Kritikfähigkeit.³²

Mit dem von der SED erklärten Übergang zum „real existierenden Sozialismus“ in der DDR und dem Wechsel in der Führung von Ulbricht zu Honecker war eine weitere Akzentverlagerung in der Bildungspolitik verbunden. Zwar blieb der mit dem Bildungsgesetz geschaffene Rahmen bestehen, aber die quantitativen Relationen und die Inhalte der Ausbildung auf allen Ebenen wurden geändert.³³ Margot Honecker machte auf diese Kurskorrektur auf dem VIII. Parteitag 1971 aufmerksam: „Wir müssen diese Tatsache, daß unsere Schule in erster Linie den hochqualifizierten Facharbeiternachwuchs vorzubereiten hat, mehr in das Blickfeld unserer Arbeit rücken. Die Heranbildung von 900.000 hervorragend ausgebildeten Facharbeitern im Fünfjahrplanzeitraum

30 a.a.O., § 2, Abs. 4.

31 Siehe Günther Hersing: Aufgaben und Probleme sozialistischer Bildungsplanung; in: Jahrbuch der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1973/74, S. 489–504; vgl. Oskar Anweiler: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR, a.a.O., S. 79 ff.

32 Vgl. Wolfgang J. Mommsen: Die DDR in der deutschen Geschichte; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29–30/1993. Mommsen verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Restituierung preußischer und deutschnationaler Traditionselemente in dem Bemühen, das ideologische Legitimationsdefizit zu verringern.

33 Vgl. Dieter Waterkamp: Bildungswesen und Bildungspolitik seit 1970; in: Die DDR in der Ära Honecker: Politik, Kultur, Gesellschaft, hrsg. von Gert-Joachim Glaesner. Opladen 1988, S. 531 ff.

ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung unserer gesamten sozialistischen Gesellschaft und ihrer führenden Kraft, der Arbeiterklasse. Manche Formulierungen in unserer Propaganda, beeinflusst von einigen nicht ganz realistischen Prognosen, erweckten zeitweilig den Eindruck, als müßte unsere Schule die Jugend in erster Linie auf das Studium an den Hoch- und Fachschulen vorbereiten.“³⁴

In der praktischen Umsetzung des neuen Kurses sank die Zahl der Neuzulassungen zum Studium von 44.047 im Jahr 1971 auf 33.222 im Jahr 1973. Das entsprach einem Anteil von knapp 12% an der Altersgruppe der 19–21 Jährigen (Bundesrepublik zur gleichen Zeit etwa 18% mit steigender Tendenz). Diese Quote blieb in der DDR bis 1989 etwa gleich. Seit Mitte der siebziger Jahre konnten jährlich nur noch knapp 10% der 10. Jahrgangsstufe in die EOS, und knapp 5% in die Berufsausbildung mit Abitur wechseln.³⁵ Diese Relationen blieben bis 1989 weitgehend konstant.³⁶ Über vier Fünftel der Absolventen der 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule besuchten anschließend eine in der Regel zwei- bis zweieinhalbjährige Qualifizierung zum Facharbeiter. Dieses duale Ausbildungssystem war in theoretische Abschnitte an Berufsschulen, die zu etwa 80% unmittelbar den Betrieben zugeordnet waren, und praktische in den Betrieben und Lehrwerkstätten gegliedert.

Die Rechtsgrundlage für alle quantitativen und qualitativen Kriterien der Bildungsplanung in den siebziger und achtziger Jahren lieferte § 26, Abs. 1 der Verfassung: „Der Staat sichert die Möglichkeit des Übergangs zur nächsthöheren Bildungsstufe bis zu den höchsten Bildungsstätten, den Universitäten und Hochschulen, entsprechend dem Leistungsprinzip, den gesellschaftlichen Erfordernissen und unter Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung.“³⁷ Neben dem Notendurchschnitt spielten die ideologische Zuverlässigkeit, die beruflichen Pläne (z. B. Offizierslaufbahn in der NVA) und die soziale Herkunft eine wesentliche Rolle bei der Auswahl und bei der Zulassung zu weiterführenden Bildungseinrichtungen. Jedoch waren die Chancen von Arbeiterkindern, eine Hochschule besuchen zu können, nicht höher als etwa in der Bundesrepublik. Gegen Ende der achtziger Jahre stammten knapp über 50% der Studenten in der DDR aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil das Abitur besaß, während in der Bundesrepublik Deutschland die Akademikerkinder lediglich ein Drittel aller Studenten stellten.³⁸

34 „Hohe Bildung für alle Kinder des Volkes.“ Diskussionsbeitrag auf dem VIII. Parteitag; in: Margot Honecker: Zur Bildungspolitik und Pädagogik. Berlin (Ost) 1986, S. 344.

35 Detaillierte Zahlenangaben, in: Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Bonn 1990.

36 Ende der achtziger Jahre besuchten knapp 13% eines Jahrgangs die EOS; weiteren 6% wurde die Möglichkeit eingeräumt, die Hochschulreife über einen dreijährigen, mit beruflicher Lehre verbundenen Bildungsgang zu erreichen.

37 Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974.

38 Vgl. Hans Apel: Intergenerative Bildungsmobilität in den alten und neuen Bundesländern; in: Jugendwerk der Deutschen Shell. Jugend '92, Band 2. Opladen 1992, S. 363.

In den siebziger und achtziger Jahren wurden die Bemühungen verstärkt, individuelle Begabungen zu fördern. Das führte zu größeren Differenzierungen im Bildungswesen. Die SED-Führung wollte dadurch die Leistungsmotivation steigern und Anreize zu aktivem politischem und ökonomischem Engagement geben. Im schulischen Bereich wurden als Folge der Begabtenförderung die Arbeitsgemeinschaften in den Klassen 9 und 10 ausgedehnt; an den Hochschulen wurden zur Leistungsförderung der Studenten individuelle Studienpläne ausgearbeitet und als Anreiz für die Hochschullehrer die Zuteilung von Prämien und Besoldungen stärker differenziert.

Ein besonderes Augenmerk galt der Begabtenförderung durch außerschulische Bildungseinrichtungen: in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern wurden Begabte über die Schülergesellschaften³⁹ gefördert. Die außerschulischen Musikschulen, zu denen der Zugang nur über Aufnahmeprüfungen erfolgen konnte, wurden erheblich ausgebaut. Zusätzliche Erfahrungen und Inhalte, welche die Schule nicht vermittelte, boten die „Stationen junger Techniker und Naturforscher“ der FDJ und Veranstaltungen der Schüler-Urania. Auf solche stark anwachsende Formen außerschulischer Bildung mit Differenzierungscharakter fand die allgemeinbildende sozialistische Einheitsschule keine Antwort.

Alle Anstrengungen der politischen Führung, zu höheren Leistungen und zu verstärktem gesellschaftlichen und politischen Engagement zu motivieren, damit die DDR als „moderner sozialistischer Industriestaat mit der weltweiten wissenschaftlich-technischen Revolution Schritt halten“ (Erich Honecker) könne, mußten fast zwangsläufig scheitern; denn es gelang nicht, der Bevölkerung glaubhaft zu machen, daß die ideologischen Zielvorgaben auch in die Praxis umsetzbar wären. Vielmehr waren in den achtziger Jahren die Rückschritte in der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft unverkennbar.

2. *Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit*

Aus der Gesellschaftstheorie des Marxismus-Leninismus und in ideologischer Orientierung an der Pädagogik der Sowjetunion leitete die SED ihren totalitären Führungsanspruch ab, den gesamten Bereich der Bildung und Erziehung zu gestalten und zu kontrollieren. Entsprechend dem Prinzip der Einheit von Bildung und Lehre sollten Wissen vermittelt und gleichzeitig auf der Grundlage eines klaren Klassenstandpunktes zu politischem Handeln erzogen werden. Alle pädagogische Bemühungen waren somit Gegenstand gesellschaftlicher Entscheidung. Aus dem sozialistischen Menschenbild wurde

³⁹ In den Kreis- und Bezirksclubs der Schülergesellschaften wurden die leistungsstärksten Schüler in einzelnen Fächern intensiv gefördert und in einer Art Olympiade Sieger ermittelt. Ein wesentlicher Anreiz für die Teilnahme bestand darin, daß die „Olympiasieger“ bevorzugte Studienplätze erhielten.

das Erziehungsziel der „sozialistischen Persönlichkeit“ abgeleitet, dessen Werte auf dem jeweils neu festzulegenden Standpunkt einer bewußten, klassenmäßigen Parteinahme für die sozialistische Gesellschaft im Kontrast zur kapitalistischen Gesellschaft zu bestimmen waren.

2.1. *Erziehungsziel sozialistische Persönlichkeit*

Das Jugendgesetz von 1974 füllt das Erziehungsziel sozialistische Persönlichkeit näher aus: „Vorrangige Aufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist es, alle jungen Menschen zu Staatsbürgern zu erziehen, die den Ideen des Sozialismus treu ergeben sind, als Patrioten und Internationalisten denken und handeln, den Sozialismus stärken und gegen alle Feinde zuverlässig schützen [. . .] Es ist ehrenvolle Pflicht der Jugend, die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und die Errungenschaften des Sozialismus zu achten und zu verteidigen, sich für Frieden und Völkerefreundschaft einzusetzen und antiimperialistische Solidarität zu üben [. . .]. Ihr Streben, sich den Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, anzueignen, wird allseitig gefördert [. . .]. Die jungen Menschen sollen sich durch Eigenschaften wie Verantwortungsbewußtsein für sich und andere, Kollektivbewußtsein und Hilfsbereitschaft, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit, Ehrlichkeit und Bescheidenheit, Mut und Standhaftigkeit, Ausdauer und Disziplin, Achtung vor den Älteren, ihren Leistungen und Verdiensten sowie verantwortungsvolles Verhalten zum anderen Geschlecht auszeichnen.

Die Entwicklung der jungen Menschen zu sozialistischen Persönlichkeiten ist Bestandteil der Staatspolitik der Deutschen Demokratischen Republik und der gesamten Tätigkeit der sozialistischen Staatsmacht.“⁴⁰

Der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft werden folgende Eigenschaften zugeordnet:

- „– gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein. Es umfaßt die Fähigkeit, Zusammenhänge von Produktion und Gesellschaft zu erkennen und an ihrer Gestaltung mitzuwirken. Als Indikatoren des gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins gelten etwa die Teilnahme an der Neuerwerbung, an der Planung und Leitung der Produktion oder die Mitarbeit in den gesellschaftlichen Massenorganisationen;
- Kollektivität in den sozialen Beziehungen, insbesondere im beruflichen Bereich;

⁴⁰ Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974; in: GBl. DDR, Teil I, Nr. 5 vom 31. Jan. 1974.

– wissenschaftliche Weltanschauung als Merkmal des politischen Bewußtseins der sozialistischen Persönlichkeit.“⁴¹

Hauptmerkmal der sozialistischen Persönlichkeit, wie sie in der Theorie nach dem VIII. Parteitag der SED entfaltet wurde, ist ihr politisches Bewußtsein, das vor allem die Ideologie der Arbeiterklasse beinhaltet. Nach Gerhart Neuner, der als Präsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften entscheidend das Bildungs- und Erziehungskonzept entwickelte, bilden die „sozialistische Weltanschauung“, die „ideologische Bewußtheit“ und die „sozialistische Moral“ den Kern der Persönlichkeit. Die Prägung und Entfaltung dieser Eigenschaften stand folglich im Mittelpunkt der schulischen – und außerschulischen – Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten.⁴²

Als grundlegende Zäsur für die Persönlichkeitsbildung gilt in der marxistisch-leninistischen Theorie die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, da jene qualitativ neue gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen habe bzw. herstellen werde. Innerhalb der Arbeiterklasse vollziehe sich die geschichtliche Herausbildung qualitativ neuer Merkmale im Arbeitsprozeß, vor allem aber im Klassenkampf für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, denn hier erstarke das Gefühl und Bewußtsein proletarischer Solidarität.

„Ihre höchste Verkörperung finden alle jene Merkmale sozialistischer Persönlichkeit vor allem in den typischen Eigenschaften proletarischer Revolutionäre, der Kommunisten, die die Avantgarde des Proletariats bilden. [...] Der geschichtliche Typus der sozialistischen Persönlichkeit ist daher in seinen grundlegenden Merkmalen nicht nur das unmittelbare Produkt der sozialistischen Gesellschaft selbst, sondern auch Ergebnis der produktiven Tätigkeit der ganzen Arbeiterklasse und der leidenschaftlichen Klassenkämpfe jener Generation revolutionärer Arbeiter, aus deren opferreichen und mutigen Kämpfen die neue, sozialistische Gesellschaft hervorgegangen ist.“⁴³

Da die Entwicklung des Menschen als Persönlichkeit nach marxistischer Ideologie ein geschichtlicher Prozeß ist, in dem objektive und subjektive Faktoren eine Einheit bilden, müsse folglich von der historisch-materialistischen Position an neue Problemstellungen der kommunistischen Erziehung herangegangen werden. Das bedeutet, die Kenntnisse der Klassenkämpfe der Arbeiterklasse und das historische Vorbild der proletarischen Revolutionäre sind ebenso notwendige Voraussetzung für die Erziehung der sozialistischen Persönlichkeit wie etwa die Kenntnisse der Geschichte der kommunistischen Parteien oder der Programmatik der SED. Nur auf der Grundlage dieses Selbstverständnisses könnten im Unterricht die geschichtliche Herausbildung

41 Christiane Lemke: Persönlichkeit und Gesellschaft. Zur Theorie der Persönlichkeit in der DDR. Opladen 1980, S. 59.

42 Gerhart Neuner: Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung. Berlin (Ost) 1973, S. 35 u. a.

43 Sozialismus und Persönlichkeit, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Leonid Archangelski. Moskau 1979; dt. Berlin (Ost) 1980, S. 51.

der sozialistischen Persönlichkeit und die Aufgaben der Erziehung auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Sozialismus vermittelt und als ein dialektischer Prozeß einsichtig werden, in dem alle progressiven Elemente bewahrt und weiterentwickelt würden. Das geschichtliche Beispiel, das Vorbild des proletarischen Kämpfers, vermittelten darüber hinaus – vor allem im Geschichts-, Staatsbürgerkunde- und Deutschunterricht – ein lebendiges und anschauliches Bild.

Der Erziehung im Kindes- und Jugendalter, vor allem in der Oberschule, wurde große Bedeutung für die Ausprägung der allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten⁴⁴ zugemessen, da sich in diesem Lebensabschnitt Charakter und Talent der Heranwachsenden formen. Die SED beobachtete deshalb vor allem kritisch die Erfüllung der von ihr festgelegten Ziele ideologischer Erziehung in der Schule.

Die SED leitete die Legitimation, die Inhalte der Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit maßgeblich zu bestimmen, aus ihrem Selbstverständnis ab, daß sie als kommunistische Partei über die wissenschaftlichen Einsichten und notwendigen Erfahrungen im Klassenkampf verfüge. Während jedoch der wissenschaftliche Erkenntnisprozeß des Sozialismus nach marxistischer Ideologie historisch unwiderruflich vollzogen sei, entwickle sich das Alltagsbewußtsein immer neu. Es wurde also zwischen der Prägung des Bewußtseins durch den wissenschaftlichen Sozialismus und der alltäglichen Aneignung des Klassenbewußtseins durch Individuen wie auch durch die Arbeiterklasse unterschieden.⁴⁵ Die Aufgabe der kommunistischen Partei war es daher, die sozialistische Ideologie in die Gesellschaft hineingetragen. Diese Konzeption definierte Axiome des wissenschaftlichen Sozialismus als Widerspiegelung von objektiven Gesetzmäßigkeiten und bewertete gleichzeitig das empirisch vorfindbare Alltagsbewußtsein als bloße Erscheinungsform.

2.2. *Aneignung sozialistischer Werte*

Die sozialistische Persönlichkeit besaß Leitbildfunktion für die politisch-ideologische Erziehung in den Bildungseinrichtungen. Der Erziehung in der DDR wurde damit ein einheitliches Konzept zugrundegelegt, das eine

44 Sie wird im „Pädagogischen Wörterbuch“ folgendermaßen charakterisiert: „Allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeiten zeichnen sich durch revolutionäres Kämpfertum, durch hohes sozialistisches Bewußtsein, durch die volle Entfaltung ihrer produktiven und intellektuellen, ihrer sozialen, politischen, moralischen, ihrer künstlerischen und physischen Beziehungen und Betätigungsweisen und durch eine dadurch mögliche reiche Individualität aus. Aus der Sicht auf das gesellschaftliche Ganze gestalten sie durch alle ihre Lebensäußerungen, vor allem durch ihre Arbeitstätigkeit, die Gesellschaft aktiv und schöpferisch mit und entwickeln sich so als Individuen zu Subjekten des Geschichtsprozesses.“ Pädagogisches Wörterbuch, hrsg. von Hans-Joachim Laabs u. a. Berlin (Ost) 1987, S. 18.

45 Vgl. Erich Hahn: Spontaneität und Klassenbewußtsein; in: Deutsche Lehrerzeitung für Philosophie 20 (1972), S. 805–828.

ideologisch-legitimatorische Funktion hatte und eng mit dem Herrschaftsanspruch der SED verbunden war. Nur insofern die im Erziehungsprozeß vermittelten Wertorientierungen und Verhaltensweisen mit den Zielen von Partei und Staat übereinstimmten, erfüllten sie ihre Funktion, zur höheren Entwicklung der Persönlichkeit im Sozialismus zu führen. Der Erziehung zu sozialistischen Werten lag zugleich ein Freund-Feind-Schema zugrunde. Die Forderung lautete: eine „unverrückbare Klassenposition“ auszubilden, „für die Sache des Sozialismus in jeder Situation Partei zu ergreifen und die ganze Kraft für die begeisternden Aufgaben der sozialistischen Revolution einzusetzen.“⁴⁶ Die Überzeugung von der „Überlegenheit des Sozialismus“ und die damit verbundenen Werte – z. B. sein humanistischer und demokratischer Charakter oder seine Friedensliebe – wurden immer im Kontrast zur „untergehenden kapitalistischen Gesellschaft“ gesehen und vermittelt. Der Unterricht sollte also mit innerer Stringenz in seinen Zielen die Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind verfolgen, der durchgängig mit negativen Attributen versehen wurde.

Dieses Schema ist dichotomisch; d. h. im Feindbild sind eine Reihe negativer Vorurteile gebündelt, die eine differenzierte Beurteilung dessen, was man mit dem Etikett Feind versieht, unmöglich macht. Das Feindbild oder Freund-Feind-Schema erfüllt eine doppelte Funktion: Es trägt zur Integration des Lagers der Freunde bei (proletarischer Internationalismus, Gemeinschaft der sozialistischen Staaten u.s.w.), da die Existenz eines tatsächlichen oder fiktiven Feindes die Notwendigkeit der Einheit begründet. Zugleich bietet der Feind ein geeignetes Objekt für die Projektion eigener Probleme und zur Ableitung von Aggressionen. Vor der Bedrohung durch den äußeren Feind verblassen dann die inneren Konflikte. In beiden Fällen verstellt das Feindbild die Wahrnehmung der Wirklichkeit und schirmt – von der Intention her – gegen Informationen aus dem Lager des Feindes ab.⁴⁷

Die SED suchte bis zuletzt dieses Feindbild aufrechtzuerhalten. So wehrte Kurt Hager im Oktober 1988 die Forderungen nach Änderungen des politischen Kurses angesichts der Umgestaltungen in der Sowjetunion damit ab, daß jene sich „aus inneren Entwicklungsbedingungen“ ergäben und ihre Formen und Methoden den „Zielen, die sich die KPdSU stellt“, entsprächen und folglich „nicht auf die anderen sozialistischen Länder übertragbar“ wären.⁴⁸ In Vorbereitung auf den XII. Parteitag wurden noch Ende August 1989 in einem Vortrag an der Parteihochschule vor Sozialkundefachlehrern der unversöhnliche, antagonistische Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus als eine

46 Lehrplan Staatsbürgerkunde Klassen 7 bis 10. Berlin (Ost) 1983, S. 5.

47 Vgl. Udo Margedant: Feindbilder sozialistischer Erziehung in der DDR; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52/53/1988, S. 24 ff.

48 Kurt Hager auf dem Schulräteseminar am 28. Oktober 1988 in Ludwigsfelde; in: Neues Deutschland vom 29/30. Okt. 1988, S. 9–11.

„wesentliche theoretische Grundfrage in der heutigen Auseinandersetzung“ bekräftigt und Empfehlungen zur Erneuerung des Sozialismus in der DDR als „Restauration des Kapitalismus“ bezeichnet.⁴⁹

Die von Walter Ulbricht 1956 aufgestellten „10 Gebote der sozialistischen Moral und Ethik“ dienten vor allem dazu, die politische Herrschaft der SED zu festigen. Die Partei knüpfte dabei nicht nur an die Tradition der Arbeiterbewegung an, sondern nahm auch bewußt andere, „bürgerliche“ Wertvorstellungen auf, also „traditionelle“ Werte wie Verantwortungsbewußtsein, Hilfsbereitschaft, Zielstrebigkeit, Ehrlichkeit, Bescheidenheit, Mut, Disziplin oder Ausdauer. Die intensiven Bemühungen um die Erziehung nach den Normen „sozialistischer Moral“ verfolgten von Anfang an das Ziel, die Bürger zur Anerkennung des Sozialismus und zur aktiven Gestaltung der marxistisch-leninistischen Gesellschaft hinzuführen.⁵⁰ Die „sozialistischen Tugenden“ fanden in den sechziger Jahren ihre Ausformung in dem einheitlichen sozialistischen Bildungssystem, das von den DDR-Pädagogen als wegweisend im Hinblick auf die Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins gefeiert wurde und „Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Solidarität, Kollektivgeist und Humanismus“ realisieren sollte.⁵¹

Im Konstrukt der sozialistischen Persönlichkeit werden Aufgaben und Eigenschaften der Persönlichkeit miteinander verbunden, die in keinem notwendig logischen Zusammenhang stehen; denn die nicht spezifischen, da nicht ausschließlichen sozialistischen Eigenschaften werden mit politisch-ideologischen Aufgaben kombiniert.

3. *Vermittlung im Erziehungs- und Bildungswesen*

Die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit durchzog alle Unterrichtsfächer auf allen Stufen des einheitlichen Erziehungssystems. Alle Inhalte schulischer und außerschulischer Bildung waren nach marxistischem Verständnis Gegenstände gesellschaftlicher Entscheidung und wurden als solche von der SED maßgeblich festgelegt.

3.1. *Rolle der Schule*

Die Aufgabe der Schule wurde in einem Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 24. August 1949 definiert und auf dem IV. Pädagogischen Kongreß in Leipzig am 25. August von der schulpolitischen Kommission in eine

49 Wolfgang Schneider: Zur Wissenschaft und Praxis des Sozialismus; in: Neues Deutschland vom 26./27.8.1989.

50 Vgl. hierzu ausführlich: Rosemarie Ahrbeck: Die allseitig entwickelte Persönlichkeit. Studien zur Geschichte des humanistischen Bildungsideals. Berlin (Ost) 1984 (2.Aufl.).

51 Kurt Hager: Der IX. Parteitag und die Gesellschaftswissenschaften. Berlin 1977, S. 68.

Resolution umgesetzt: „Der deutschen demokratischen Schule erwächst die Aufgabe, die Jugend zu entschiedenen Kämpfern für die Einheit Deutschlands, für ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben der Völker, insbesondere mit den Völkern der Sowjetunion, zu erziehen.“⁵² Damit wurde bereits in den Anfangsjahren der DDR das Bildungswesen von der SED vollständig in die Pflicht genommen, „auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus in allen Unterrichtsfächern die fortschrittlichen Ergebnisse der Wissenschaft, insbesondere der Sowjetwissenschaft, zu vermitteln.“⁵³ Am 29. Juli 1952 wurde der Auftrag der Schule dahingehend präzisiert, „die Jugend zu allseitig entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen, die fähig und bereit sind, den Sozialismus aufzubauen und die Errungenschaften der Werktätigen bis zum äußersten zu verteidigen.“⁵⁴

Die ideologisch begründete Position, wie sie die SED-Führung vertrat, daß die Schule als gesellschaftliche Institution Machtinstrument zur Durchsetzung der Politik der jeweils herrschenden Klasse sei und folglich die politisch-moralischen Überzeugungen zu vermitteln habe, blieb bis zum Ende der DDR kennzeichnend für die Bildungspolitik. So äußerte Margot Honecker 1977 in einer Rede an der Parteihochschule: „Unsere Schulpolitik ist erfolgreich, weil unsere Partei, stets von einer marxistisch-leninistischen Analyse der gesellschaftlichen Prozesse ausgehend, Ziel, Inhalt und Weg wissenschaftlich begründet und ausgearbeitet hat.“⁵⁵

Die planmäßige Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit setzte im Vorschulalter ein. „Der Kindergarten verwirklicht die ihm von der sozialistischen Gesellschaft gestellten Aufgaben, die im Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem fixiert sind und im Bildungs- und Erziehungsplan ihren konkreten Ausdruck finden.“⁵⁶ Sie findet schwerpunktmäßig in der Polytechnischen Oberschule statt. Durch die Verbindung von Unterricht und „produktiver Arbeit“, von Erziehung und Teilnahme der Jugendlichen an der Gestaltung der Gesellschaft sollte das allumfassende Erziehungsziel verwirklicht werden.

52 „Schulpolitische Richtlinie für die deutsche demokratische Schule“; in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik, a.a.O., Teil II, S. 140.

53 „Die nächsten Aufgaben der allgemeinbildenden Schulen“; in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, Band III, Berlin (Ost) 1952, S. 332.

54 „Zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen“; in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, a.a.O., Band IV, S. 116.

55 Margot Honecker: Die Jugend auf die Kommunistische Zukunft vorbereiten; in: Einheit 5/1977, S. 538.

56 Bildungs- und Erziehungsplan für den Kindergarten. Berlin (Ost) 1968, S. 7.

3.2. *Schulische Bildung im Dienste der SED am Beispiel des Geschichtsunterrichts*

Eine herausragende Stellung in der ideologischen Erziehung nahm das Fach Geschichte ein; denn es sollte die geschichtliche Begründung der sozialistischen Überzeugungen vermitteln und so wesentlich zum obersten Erziehungsziel der sozialistischen Persönlichkeit beitragen. Der Geschichtsunterricht wurde im Interesse der Politik der SED instrumentalisiert. Er reagierte inhaltlich und methodisch-didaktisch auf Veränderungen der Geschichtswissenschaft, der Pädagogik und der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der DDR entsprechend den Vorgaben der SED.⁵⁷

Der hohe Stellenwert, den die kommunistische Führung der Geschichte zumaß, trat bereits im Spätsommer 1945 zutage, als der Schulbetrieb in der SBZ in allen Fächern mit Ausnahme des Faches Geschichte aufgenommen wurde. Die Ausnahme wurde von den Ideologen in der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung damit begründet, daß „der geschichts- und staatsbürgerliche Unterricht eine grundlegende Neugestaltung auch gegenüber dem Lehrplan und Lehrstoff der Weimarer Republik“ erfordere⁵⁸; d. h. es reichte nicht aus, jene Lehrpläne von „imperialistischen und militaristischen Tendenzen“ zu säubern. Man griff zunächst auf den Entwurf von Richtlinien zurück, die 1944/45 vom „Nationalkomitee Freies Deutschland“ ausgearbeitet worden waren.⁵⁹ Der Geschichtsunterricht folgte in dieser Phase den Intentionen der „antifaschistisch-demokratischen Volksfrontpolitik“ der KPD. Er sollte deshalb dazu beitragen, ein radikaldemokratisches Geschichtsbild zu vermitteln, das auch von „bürgerlichen“ Hochschullehrern mitgetragen werden konnte.⁶⁰ In den ersten Lehrplänen von 1946 waren dementsprechend marxistische Positionen nur vereinzelt bzw. verdeckt enthalten.

Mit der Verurteilung der Reformpädagogik und der Unterbindung der zunächst noch relativ offen geführten didaktischen Diskussion auf dem IV. Pädagogischen Kongreß im August 1949 und dem gleichzeitigen Propagieren

57 Siehe vor allem: Hans-Dieter Schmid: Die Entwicklung des Geschichtsunterrichts in der SBZ/DDR; in: Klaus Bergmann u. a. (Hrsg.): Gesellschaft-Staat-Geschichtsunterricht. Düsseldorf 1982, S. 313–348.

Vgl. Wolfgang Protzner/Alexandra Neubauer/Christel Schuster: Der Geschichtsunterricht in der DDR als Instrument der SED-Politik; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29–30/1993, S. 42–51; Hans-Dieter Schmid: Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft und der Geschichtsunterricht in der DDR; in: Geschichtswissenschaft in der DDR, hrsg. von Alexander Fischer, Band 1. Berlin 1988, S. 435–458;

Horst Gies: Geschichtsbewußtsein und Geschichtsunterricht in der DDR, in: GWU 40(1989), S. 618 ff.

58 Siehe Monumenta Paedagogica, Band VI, S. 184.

59 Siehe Hans-Dieter Schmid: Die Entwicklung des Geschichtsunterrichts, a.a.O., S. 315 ff.

60 An der Überarbeitung der Richtlinie, die von einer Kommission unter Ernst Hadermann 1945/46 vorgenommen wurde, waren auch so renommierte Historiker wie Wolfgang Schadowaldt, Friedrich Baetgen und Fritz Hartung beteiligt.

der Sowjetpädagogik wurden dann marxistisch-leninistische Positionen für den Geschichtsunterricht sowohl inhaltlich als auch methodisch-didaktisch verbindlich. In mehreren Lehrplanrevisionen wurden in den fünfziger Jahren die Weichen gestellt, die der „wissenschaftlich gesicherten Periodisierung der Geschichte“ im Selbstverständnis des Historischen Materialismus folgten. Die Auswahl der Inhalte wie auch der Spielraum im methodischen Vorgehen und im didaktischen Strukturieren des Unterrichts wurden weitgehend durch Lehrplanvorgaben und die Unterrichtsmedien eingeengt. Später folgten analog dazu entwickelte Unterrichtshilfen und Unterrichtsbeispiele in Fachzeitschriften. Die ideologische Einflußnahme auf den Unterricht reichte bis in die Gestaltung der einzelnen Unterrichtsstunden. Neben die vorgegebenen Unterrichtsziele, die Kenntnisse, Erkenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln sollten, traten Erziehungsziele eines marxistischen Geschichtsbildes: Zunächst der stark emotionale „demokratische Patriotismus“, der als Liebe zum eigenen Volk und dessen fortschrittliche Leistungen bei gleichzeitigem Haß gegen alle Feinde und als Freundschaft mit den friedliebenden sozialistischen Völkern in den Lehrplänen definiert wurde, und später die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit in Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse des Historischen Materialismus.

Die auf Einstellungen, Überzeugungen und Charaktereigenschaften gerichteten Erziehungsziele verbunden mit einer stark emotionalen Komponente waren kennzeichnend für den Geschichtsunterricht in der DDR. Dieses grundlegende Konzept wurde von der SED-Führung verstärkt in Richtung auf Betonung der „fortschrittlichen und revolutionären Traditionen des deutschen Volkes, besonders der Arbeiterklasse und seiner großen historischen Persönlichkeiten“ weiter verfolgt.⁶¹

Im Geschichtsunterricht spiegelte sich das Selbstverständnis der SED und deren jeweiliger Kurs wider. So wurde bereits im Lehrplan von 1950/51 dem Geschichtsunterricht die Aufgabe zugewiesen, die DDR entsprechend den Forderungen des Politbüros der SED zu legitimieren: „Den Schülern muß klarwerden, daß der Klassenkampf der Inhalt der Geschichte aller Klassengesellschaften ist. Sie müssen erkennen, daß der Kampf zwischen Altem und Neuem ein Gesetz der historischen Entwicklung ist, und daß das Neue immer gesiegt hat. [...] Dadurch wird in den Schülern die Überzeugung geweckt, daß es notwendig ist, auch in der Gegenwart für den Fortschritt Partei zu ergreifen. Sie lernen verstehen, daß man sich entscheiden muß und daß der Objektivismus nichts anderes als eine getarnte Parteinahme für die Reaktion ist.“⁶²

61 „Zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen.“ Beschluß des Politbüros der SED vom 29. Juli 1952; in: Monumenta Paedagogica, Band VI, S. 421.

62 Lehrplan für Zehnjahrschulen. Geschichte. Berlin/Leipzig 1951, S. 3 f.

Nach dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO wurde der Akzent verstärkt auf die „nationale Geschichte“ im Sinne der Vorgeschichte der DDR gelegt. Dieses hatte zur Folge, daß zugunsten der stärkeren Berücksichtigung der deutschen Geschichte die allgemeine Geschichte bis zur Industriellen Revolution gekürzt wurde. Unter dem Aspekt der „patriotischen Erziehung“ wurden zugleich neuen Themen wie den Befreiungskriegen – „Vom Kampf der deutschen Patrioten gegen die napoleonische Fremdherrschaft“ – breiter Raum zugewiesen.

Die Einführung der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule übertrug nach den Vorstellungen des ZK der SED dem Geschichtsunterricht zugleich die Aufgabe, „die Entwicklung der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und die Rolle der Volksmassen als Produzenten der materiellen Güter verständlich“ zu machen.⁶³ Im Lehrplan von 1959 wurden entsprechend die Industrielle Revolution und die Industrialisierung im 19. Jahrhundert stärker hervorgehoben. Vor allem jedoch legte die SED Wert auf die Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie sollte dem Schüler vermitteln, daß die DDR „die Zukunft des deutschen Volkes verkörpert“.⁶⁴ Im Lehrplan Geschichte wurde an anderer Stelle die Gründung der DDR ausdrücklich als „gesetzmäßiges Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung und als wichtigste Lehre aus der deutschen Geschichte“ hervorgehoben.⁶⁵ Die Verteilung des Stoffes auf einen sechsjährigen, chronologischen Lehrgang blieb von nun an unverändert mit dem quantitativen Schwerpunkt auf der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.⁶⁶

Der Druck der SED auf den Geschichtsunterricht – wie auch die Staatsbürgerkunde – verstärkte sich als Folge der Ereignisse im Sommer 1961 (Massenflucht aus der DDR und Mauerbau). Bereits im Juni 1961 war auf dem VI. Pädagogischen Kongreß dahingehend Kritik geäußert worden, daß der Geschichtsunterricht unzureichend „exakte Kenntnisse“ vermittele und die Schüler „ungenügend zu Einsichten und Erkenntnissen“ führe. Nach dem Mauerbau wurden die Geschichts- und Staatskundelehrer in Sonderlehrgängen auf die neue Deutschlandpolitik der SED verpflichtet:

63 „Über die Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“. Thesen des ZK der SED vom 17. Januar 1959; in: Monumenta Paedagogica, Band VII/1, S. 187. Vgl. die entsprechenden Zielvorgaben im Lehrplan für die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule vom Juni 1959.

64 Vgl. Lehrplan der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Berlin 1959, S. 2. 65 A.a.O., S. 36.

66 Klasse 5: Urgesellschaft, Alter Orient und Griechenland; Klasse 6: Geschichte Roms bis zum Beginn der Neuzeit (Entdeckungen); Klasse 7: Von den Hussitenkriegen bis zum Vormärz; Klasse 8: Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum Ersten Weltkrieg; Klasse 9: Von der Oktoberrevolution bis 1939; Klasse 10: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart.

Die „endgültige Lösung der nationalen Frage ist der Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland“ wurde als politische Leitlinie in der Fachzeitschrift „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“ ausgegeben. Teile der Geschichtslehrplans wurden in der zweiten Jahreshälfte 1961 sowie im Schuljahr 1963/64 durch Direktiven ersetzt und die Akzente noch stärker auf die Arbeiterbewegung und die Zeitgeschichte nach 1945 verlagert. In der Klasse 10 wurden 48 von 60 Stunden mit dieser Thematik belegt. Zugleich wurde eine neue Unterrichtsmethode für die sozialistische Erziehung entwickelt, um ein angemessenes Verhältnis von „erlebnisbetonter Darstellung“ und „marxistisch-leninistischer Durchdringung“ des Unterrichts zu erreichen.⁶⁷ In den methodischen Lehrerhandbüchern legte man besonderen Wert auf die emotionalen Lernziele: „Auf dem Wege der Vorstellungsbildung und mit Hilfe konkreter Faktenkenntnisse werden durch die Kraft und emotionale Wirkung des lebendig und anschaulich gestalteten historischen Beispiels Vorbilder geschaffen und Gefühle der Achtung vor den Leistungen der Volksmassen geweckt. Dabei geht es um die Liebe zu den Kräften des Fortschritts, insbesondere zu der von ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführten Arbeiterklasse. Gegenüber den Feinden des Volkes und des Fortschritts werden dagegen Gefühle des Hasses und des Abscheus hervorgerufen.“⁶⁸ Dieses emotionale Element sollte den Lehrervortrag auch in den höheren Klassen beleben, wobei emotionale und rationale Komponenten entsprechend der Altersspezifik miteinander zu verbinden waren.

Solche Maßnahmen waren Indizien für die aus der Sicht der SED wiederholt beklagten mangelnden Effektivität der politisch-ideologischen Erziehung. W. Ulbricht kritisierte in diesem Zusammenhang auf dem VI. Parteitag der SED 1961 den „Dogmatismus“: „Er äußert sich auf dem Gebiet der Pädagogik vor allem in der ungenügenden Beachtung der Dialektik des Lebens und der gesellschaftlichen Entwicklung im Bildungs- und Erziehungsprozeß. Der Dogmatismus kommt zum Ausdruck in der undialektischen Vermittlung des Stoffes, besonders in den Fächern Geschichte und Staatsbürgerkunde.“⁶⁹

Auf der Grundlage des Bildungsgesetzes von 1965 wurden bis 1971 alle Lehrpläne nach zentralen Vorgaben revidiert. Als wichtigste Erziehungsziele des Geschichtsunterrichts – im Rahmen seiner Aufgabe, zur sozialistischen Bewußtseinsbildung beizutragen – wurden nunmehr die Herausbildung eines „historisch-materialistischen Geschichtsbildes“ und die Parteinahme für die

67 Siehe Geschichtsunterricht, hrsg. vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut. Methodisches Handbuch für den Lehrer. Berlin (Ost) 1961.;

Bernhard Stohr: Methodik des Geschichtsunterrichts. Berlin (Ost) 1968 (3.Aufl.).

68 Bruno Gentner u. a.: Methodik Geschichtsunterricht. Berlin (Ost) 1978 (2.Aufl.), S. 28.

69 Walter Ulbricht: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED; in: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik, a.a.O., Teil II, S. 243.

„historische Mission der Arbeiterklasse“ genannt. Im Unterschied zum vorhergehenden Lehrplanwerk fällt auf, daß die Zielangaben in den durchgängig in Unterrichtseinheiten untergliederten Stoffeinheiten erheblich erweitert, präzisiert und differenziert wurden. Die einzelnen Stunden wurden detailliert geplant und strukturiert. Der Unterricht wurde noch stärker durch den Lehrplan determiniert. Hinzu kamen die parallel entwickelten Lehrbücher und Unterrichtshilfen – d. h. Stundenentwürfe auf der Grundlage der Stoff- und Zielangaben des Lehrplans – um sicherzustellen, daß die gewünschten Inhalte und Intentionen auch im Unterricht vermittelt wurden. Zusätzlich erschienen in „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“ zu jedem Lehrplan Aufsätze von Mitarbeitern des Deutschen Pädagogischen Zentralinstitutes, die über Veränderungen gegenüber dem alten Lehrplan und die didaktisch-methodische Grundlinie informierten. Die Sektion „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“ in der Deutschen Historiker-Gesellschaft – später Fachgruppe in der Historiker-Gesellschaft der DDR – veranstaltete jeweils vor der Einführung der neuen Lehrpläne fachwissenschaftliche und didaktische Fachkonferenzen. Die Geschichtslehrer wurden zusätzlich in den obligatorischen Weiterbildungsveranstaltungen mit den neuen Lehrplänen vertraut gemacht.

Der Wechsel von Ulbricht zu Honecker brachte für den Geschichtsunterricht keine grundlegende Neuorientierung mehr. Jedoch erfolgte parallel zur stärkeren Ausrichtung auf die Führungsrolle der Sowjetunion und deren Modellcharakter für die sozialistische Staatengemeinschaft, eine neue Bewertung bei der Interpretation der Nachkriegsgeschichte. 1977 wurde deshalb ein neuer Lehrplan für die Klasse 10 herausgegeben, der „hinsichtlich der Dialektik von Nationalem und Internationalem“ „die Einordnung nationalgeschichtlicher Ereignisse und Prozesse in das internationale Geschehen“ verstärkte.⁷⁰ Diese Akzentuierung wurde auch in den Überschriften der Stoffeinheiten deutlich gemacht, so z. B.: „1. Die internationalen Auswirkungen des Sieges der UdSSR über den Faschismus – die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems von 1945 bis 1949“. Gleichzeitig wurden im Lehrplan für die Klasse 10 von 1977 und in dem 1980 neu strukturierten Lehrplan für die Klasse 11 die deutsche Geschichte insofern aufgewertet, als sich sämtliche Unterrichtsinhalte auf die Thematik „Kampf der SED für die Entwicklung des Sozialismus in der DDR“ konzentrierten.

Der Geschichtsunterricht in der Klasse 11 in den achtziger Jahren beinhaltete zu über zwei Dritteln die Geschichte der SED auf der Grundlage der 1978 erschienenen „Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“. „Die Schüler sollen lebendige Vorstellungen darüber erhalten, wie die Werktätigen unter Führung der SED erfolgreich die Grundlagen des Sozialismus errichteten, die aggressiven Pläne der imperialistischen Reaktion durchkreuzten und

70 Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde 1977, S. 401 ff.

ihren Beitrag zum Schutz des Weltsozialismus leisteten. Die Schüler erkennen, daß sich dieser Staat als unlösbarer Bestandteil des sozialistischen Weltsystems entwickelt.“⁷¹

Angesichts der tiefgreifenden inneren Krise verstärkte die SED in den achtziger Jahren ihre Bemühungen, über Erziehung und Bildung bewußtseinsprägend zu wirken. 1988/89 wurden neue Geschichtslehrpläne und parallel dazu Geschichtsbücher und Unterrichtshilfen entwickelt, die dazu beitragen sollten, die „Liebe zum sozialistischen Vaterland“ zu vertiefen und die „antimperialistische Grundhaltung“ der Schüler zu festigen. „Aus der Geschichte heraus sind der Stolz auf die historischen Errungenschaften des Sozialismus und das feste Vertrauen in die Politik der SED zu entwickeln.“⁷² Die Aneignung der deutschen Geschichte sollte nunmehr nachdrücklich im Geschichtsunterricht zum Ausdruck gebracht werden: „Ausgehend von ihrem Wissen, das sie [die Schüler] über die Geschichte des Sozialismus in der DDR besitzen, sollen sie erkennen, daß sie die besten Traditionen deutscher Geschichte, insbesondere die revolutionären Traditionen des Kampfes der Arbeiterklasse, verkörpert und daß sie den bisherigen Höhepunkt der ganzen deutschen Geschichte darstellt.“⁷³ Folglich befaßte sich der Unterricht in der Klasse 10 nur noch mit der Geschichte der DDR ab 1950.

In den Unterrichtshilfen zu Geschichte 10 wurde 1989 die Beschränkung der Zeitgeschichte auf die DDR damit begründet, daß „den Schülern ein konkretes, wissenschaftlich exaktes und parteiliches Bild von der historischen Entwicklung der DDR als Teil des sozialistischen Weltsystems von ihrer Gründung bis zur Gegenwart“⁷⁴ vermittelt werden sollte. In der abschließenden Stoffeinheit 5 sollten ausgewählte Fakten und Zusammenhänge aus allen Epochen der deutschen Geschichte wiederholt werden, um „die Erkenntnis zu vertiefen, daß die DDR ein reiches progressives und revolutionäres Erbe besitzt und die besten Traditionen in der Geschichte des deutschen Volkes verkörpert“⁷⁵; denn in den Leistungen der DDR werde bewußt, daß „die Entwicklung des sozialistischen deutschen Staates der bisher erfolgreichste Abschnitt in der deutschen Geschichte ist.“

Der skizzierte Abriss zeigt, daß die Inhalte und Ziele des Geschichtsunterrichts zur Legitimierung des Herrschaftssystems herangezogen wurden. Der Unterricht wurde in den Dienst der „patriotischen Erziehung“ und der Findung nationaler Identität gestellt. Die Unterrichtsstoffe waren quantitativ auf die

71 Lehrplan Geschichte Abiturstufe. Berlin (Ost) 1979, S. 25. Vgl. die ausführlichen Darlegungen in der Einführung der „Unterrichtshilfen Geschichte Klasse 11“.

72 Lehrplan der zehnklassigen allgemeinbildenden Oberstufe Geschichte Klassen 5 bis 10. Berlin (Ost) 1988, S. 4.

73 Lehrplan Geschichte, a.a.O., S. 8.

74 Unterrichtshilfen Geschichte Klasse 10, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von S.Kretschel und I.Höpfner. Berlin (Ost) 1989, S. 7.

75 Unterrichtshilfen Geschichte Klasse 10, a.a.O., S. 148.

deutsche Geschichte – in den Klassen 9 und 10 auf die Vorgeschichte und Geschichte der DDR – konzentriert. Qualitativ erfolgte die Auswahl der Lerninhalte strikt nach dem Schema des Geschichtsablaufs, wie er im Historischen Materialismus vorgegeben wurde.

Auswahl und Ziele der zeitgeschichtlichen Stoffeinheiten stimmten weitgehend mit den Elementen des Staatsbürgerkundeunterrichts überein. Die Stoffe der beiden Fächer wurden im Lehrplanwerk fächerübergreifend zusammengefaßt. Die Koordinierung folgte den Intentionen, die „Leitlinien der ideologischen Erziehung im Unterricht“⁷⁶ zusammenzuführen. Der Gegenwartsbezug bildete für den Geschichtsunterricht eine ideologische Leitlinie, um dem Schüler bewußt zu machen, „daß die marxistischen Parteien ständig Lehren aus der Geschichte ziehen, um, in Verbindung mit der Analyse der Klassenkräfte in der Gegenwart, die Linien der Politik festzulegen.“⁷⁷

Die fachdidaktische Begründung für die Trennung der beiden Fächer lieferte Gerhart Neuner: Im Geschichtsunterricht „steht die historisch-konkrete Darstellung des Ziels, der entscheidenden Klassenschlachten zur Verwirklichung dieser historischen Mission in der weltgeschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und besonders in der Deutschen Demokratischen Republik im Vordergrund.“ Die Staatsbürgerkunde hingegen leite „die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse und die Stellung der Arbeiterklasse im Sozialismus konkret-historisch aus Grundzügen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR ab.“⁷⁸

3.3. *Politische Indoktrination in der Schule: das Fach Staatsbürgerkunde*

Der Staatsbürgerkundeunterricht⁷⁹ in den Klassen 7–10 hatte die Aufgabe, grundlegende Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus in enger Verbindung mit Kenntnissen der Politik der SED zu vermitteln, um die Schüler zur „wissenschaftlich fundierten, unverrückbaren Klassenposition“ zu erziehen, ihre Bereitschaft zu entwickeln, für den Sozialismus „Partei zu ergreifen“ und zu erkennen, daß er die „einzige Alternative zum menschenfeindlichen System des Imperialismus“ darstelle.⁸⁰ Der Unterricht sollte die sozialistische Persönlichkeit soweit festigen, daß die Schüler befähigt wären, in den politischen Kämpfen der Vergangenheit und der Gegenwart immer die

76 Gerhart Neuner: Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung, Berlin (Ost) 1973, S. 63.

77 Vgl. Beiträge zur staatsbürgerlichen Erziehung älterer Schüler. Wissenschaftliche Leitung Hans-Georg Hofmann. Berlin (Ost) 1968, S. 52.

78 Gerhart Neuner: Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung, a.a.O., S. 58 f.

79 Zum Aufbau des Fachs Staatsbürgerkunde und zur politischen Erziehung als Schulfach bis zum Ende der siebziger Jahre, siehe: Karl Schmitt: Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR. Paderborn 1980. Die folgenden Darlegungen zur Staatsbürgerkunde beschränken sich auf die achtziger Jahre.

80 Lehrplan Staatsbürgerkunde. Klassen 7 bis 10. Berlin (Ost) 1985, S. 5 f.

objektiven Interessen der sozialen Klassen zu erkennen und sie klassenmäßig vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu bewerten.

„Der gesamte Staatsbürgerunterricht muß durch einen kämpferischen und polemischen Stil gekennzeichnet sein. Ausgehend von erarbeiteten objektiven gesellschaftlichen Erfordernissen an das Handeln und die Haltung des Staatsbürgers ist der Unterricht so zu führen, daß bei den Schülern die Bereitschaft und die Fähigkeit zur kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit überlebten Gewohnheiten und Denkweisen entwickelt wird.“⁸¹

Wie sich die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit im Fach Staatsbürgerkunde vollziehen sollte, sei an einem Unterrichtsentwurf zum Thema „Zur Herausbildung fester sozialistischer Wertvorstellungen“ in der Zeitschrift „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“ veranschaulicht. Der Entwurf bezieht sich auf die Stoffeinheit 2.1 „Das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung“ in der Klasse 9, in der dem Schüler bewußt gemacht werden soll, daß der Kapitalismus gesetzmäßig zum Untergang verurteilt sei. Der Lehrplan nennt als u. a. als Ziel: „Der Unterricht hat dazu beizutragen, Abscheu und Haß der Schüler gegenüber dem Imperialismus zu vertiefen.“⁸² Ausgehend von der These, daß der Klassencharakter der Bedürfnisse und Interessen den Klassencharakter der Werte und des Wertbewußtseins bestimme, fordern die Autoren die offensive Auseinandersetzung mit bürgerlicher Politik und Ideologie. Sie verdeutlichen diesen „Zugang“ an einem Unterrichtsbeispiel zum „Wesen der kapitalistischen Ausbeutung“:

„Ein Schüler warf die Frage auf: werden die Arbeiter in der DDR nicht auch ausgebeutet, da sie doch in ihrer Lohntüte auch nicht den Wert vorfinden, den sie in ihrer Arbeitszeit wirklich geschaffen haben? Da die Zeit knapp war, entschloß sich der Lehrer zu einem Schülerauftrag an Freiwillige. Der Inhalt war der folgende:

- a) Ermittle die Eigentümer des Flick-Konzerns und des VEB Sachsenring!
- b) Ermittle, was mit dem Mehrwert des Flick-Konzerns geschieht und was mit dem Gewinn des VEB Sachsenring!
- c) Ermittle, wessen Bedürfnisse und Interessen mit dem Mehrwert bzw. Betriebsgewinn in welcher Weise befriedigt werden.“⁸³

Die Schlußfolgerung lautete: sozialistisches Eigentum macht die Ausbeutung unmöglich. Die Autoren führen das Unterrichtsmodell über das Ziel, Einsichten in die „realen Prozesse“ zu erschließen hinaus; denn die Aneignung marxistisch-leninistischen Grundwissens müßte letztlich in die Frage münden

81 Lehrplan Staatsbürgerkunde, a.a.O., S. 14.

82 Lehrplan Staatsbürgerkunde, a.a.O., S. 51.

83 Dietrich Riedel/Roland Bernhöft: Zur Herausbildung fester sozialistischer Wertvorstellungen; in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde 28(1986), S. 289 f.

„wahr oder falsch“: „Widerlege an Hand der Zusammensetzung des Bundestages der BRD und der Volkskammer der DDR die Behauptung Bonner Politiker, in der BRD gehe die Macht vom Volke aus! – Nenne Tatsachen zur aggressiven Außenpolitik des Imperialismus.“⁸⁴

Werturteile und Meinungsäußerungen, die als wissenschaftliche Erkenntnisse gesellschaftlicher Gesetze deklariert werden, sollen die „Perversität der Methoden des Imperialismus“ („Herabwürdigung der materiellen und geistigen Güter zur Ware“ oder: „Menschenunwürdigkeit kapitalistischer Ausbeutung“) entlarven. Vor diesem Negativbild wird dann das ausschließlich positive Bild des Sozialismus und seiner Werte mit dem Ziel entfaltet, zur Stabilisierung sozialistischer Wertvorstellungen beizutragen.

Die SED war jedoch mit den Ergebnissen der politisch-ideologischen Erziehung im Staatsbürgerkundeunterricht nicht zufrieden. Gerhart Neuner ging in seinem Beitrag auf der schulpolitischen Konferenz des Ministeriums für Volksbildung 1986 ausdrücklich auf das Problem ein, daß im Unterricht die Einheit von Wissenschaft und Ideologie erreicht werden müsse, damit die politisch-moralische Erziehung im Unterricht wirksam werde. Die „Linienführung“ der weltanschaulichen Erziehung dürfe nicht „krampfhaft auf den Unterricht aufgepfropft“ werden.⁸⁵ Bis zum Ende der DDR blieb die „offensive ideologische Erziehung im Staatsbürgerkundeunterricht“ unangetastet; d. h. die SED wich hinsichtlich der „ideologischen Prinzipienfestigkeit“ (Erich Honecker) nicht von ihrem Kurs ab.⁸⁶

3.4. *Wehrerziehung in der Schule: Haß gegen den Klassenfeind*

Die „Wehrerziehung“ wurde in den siebziger Jahren in allen Altersstufen von der Vorschule bis zur Hochschule systematisch aufgebaut. 1978 wurde der obligatorische Wehrunterricht für alle Schüler der 9. und 10. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule eingeführt. In der Grundsatzdirektive des Ministeriums für Volksbildung wurde im Einvernehmen mit dem Minister für Nationale Verteidigung der Unterricht auf jeweils vier Doppelstunden zu „Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ in den Klassen 9 und 10 festgelegt. Hinzu kamen 12 Ausbildungstage in der Klasse 9 zu je acht Stunden im Lager für die Jungen bzw. der Lehrgang „Zivilverteidigung“ für alle Mädchen und die Jungen, die nicht an der Wehrausbildung im Lager teilnahmen, im Umfang von 12 Lehrgangstagen zu je sechs Stunden. Alle Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 wurden an drei Tagen in „Wehrbereitschaft“ mit insgesamt 18 Stunden unterrichtet.

⁸⁴ Ebda, S. 291.

⁸⁵ „Die Schulpolitik der SED und die wachsenden Anforderungen an den Lehrer und die Lehrerbildung“. Protokoll der Konferenz des Ministeriums für Volksbildung der DDR. Berlin (Ost) 1986, S. 87.

⁸⁶ Wolfgang Schneider: Zur Wissenschaft und Praxis des Sozialismus; in: Neues Deutschland vom 26./27.8.1989.

Der Wehrunterricht sollte dazu beitragen, „die Mädchen und Jungen mit ausgewählten Grundkenntnissen der Landesverteidigung vertraut zu machen und ihre Wehrbereitschaft zu fördern“. Die Wehrausbildung sollte „Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu ausgewählten Themen der vormilitärischen Ausbildung“ vermitteln. Aufgabe der „Zivilverteidigung war es, neben Fertigkeiten über das Verhalten in Gefahrensituationen u. a. das „physische Leistungsvermögen“ der Teilnehmer zu festigen.⁸⁷ Ab Mai 1981 wurde der Wehrunterricht auf die Klasse 11 ausgedehnt.

Die „Wehrerziehung“ setzte bereits in den Kindergärten ein und verfolgte dort vor allem das Ziel, Vertrauen in die Nationale Volksarmee zu vermitteln. In der Zeitschrift „Bummi“, die als Bilderheft zweimal monatlich vom Zentralrat der FDJ für die pädagogische Arbeit mit Vorschulkindern herausgegeben wurde, brachten den Kindern auch die Tätigkeiten der Soldaten nahe, z. B.: „Unsere Soldaten müssen beim Schießen gut treffen“; „Unsere Soldaten lernen gut beobachten, damit sich keine bösen Menschen einschleichen können.“ 1985 erschien in der Zeitschrift eine Serie „Sterngeschichte“, die das Schicksal von zwei sowjetischen Soldaten im Zweiten Weltkrieg beschreibt. Darin wurden den Kindern „altersgemäß“ entwickelte Freund-Feind-Schemata nahegebracht: Böse Menschen wollen Krieg, sind habgierig und reich, sind Faschisten, sind aus unserem Land vertrieben, wollen nicht lernen, gut zu werden u.s.w.

Die vormilitärische Erziehung war auch Bestandteil der Berufsausbildung für alle männliche Lehrlinge, die neben der fachlichen Qualifizierung „zur Verteidigung des sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus sowie zur Festigung der Verteidigungsbereitschaft beizutragen“ hatte.⁸⁸ Die Studenten mußten an Reservistenlehrgängen teilnehmen und die Studentinnen an Lehrgängen der Zivilverteidigung.

Die Aufgabe der „Wehrerziehung“ in den verschiedenen Altersstufen wurde in einem Handbuch für Klassenleiter, Lehrer und Erzieher folgendermaßen umschrieben: „Während im Bereich der Vorschulerziehung und in der Unter- und Mittelstufe der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule vornehmlich zur Liebe und zum Vertrauen zur Nationalen Volksarmee und zur Sowjetarmee aber auch zum Haß gegenüber der Bundeswehr, der USA-Armee und anderen imperialistischen Armeen erzogen wird, haben Ober- und Abiturstufe auf dem Gebiet der sozialistischen Wehrerziehung größere Aufgaben zu erfüllen: In diesen Stufen wird das sozialistische Wehrmotiv bei allen Schülern ausgeprägt.[...] Das Freund-Feind-Bild erfährt eine Konkretisierung durch das Bild vom Waffenbruder und vom militärischen Gegner.“⁸⁹ Das Jugendgesetz vom

87 Direktive Nr. 3 des Ministeriums für Volksbildung zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts; in: Bildungspolitik in Deutschland, a.a.O., S. 426–428.

88 Vgl. Leitungstätigkeit des Direktors an Einrichtungen der Berufsbildung, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Wolfgang Behrend/Günther Feierabend. Berlin (Ost) 1988, S. 14.

89 Vgl. Sozialistische Erziehung älterer Schüler, hrsg. von einem Autorenkollektiv. Berlin 1974, S. 301.

28. Februar 1974 wies ausdrücklich auf die ehrenvolle Pflicht der Jugend hin, „die revolutionären Traditionen der Arbeiter und die Errungenschaften des Sozialismus zu achten und zu verteidigen.“

Die schulische „Wehrerziehung“ beschränkte sich jedoch nicht auf das Unterrichtsfach Wehrkunde, sondern war durchgängiges Unterrichtsprinzip, wichtiger Bestandteil der klassenmäßigen sozialistischen Erziehung.⁹⁰ Im engeren Sinne knüpfte die „Wehrerziehung“ in den Fächern Staatsbürgerkunde und Geschichte an Kenntnisse zu Fragen der sozialistischen Militärpolitik an. Als Unterrichtsmaterial diente u. a. der „Wissensspeicher Wehrausbildung“, dessen Inhalte zur praktischen, vormilitärischen Ausbildung aus Handbüchern der NVA entnommen waren.

Darüber hinaus sollten z. B. die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer unter Wahrung des ideologischen Bezugs zur Vermittlung kognitiver Fähigkeiten beitragen. In der „Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung“ wurde auch auf die Mechanik im Physikunterricht der Klasse 7 verwiesen: „Teilvorgang in der Waffe beim Schuß ist mit Hilfe der Federspannarbeit zu erklären; Leistungsvergleich moderner Waffen und Maschinen; sozialistische Länder verfügen über eine starke und moderne Armee; wissenschaftlich-technischer Fortschritt beeinflußt auch die Militärtechnik und damit die Strategie und Taktik der militärischen Verteidigung.“⁹¹ Der Mathematikunterricht sollte auch Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln, damit der Schüler seine künftige „beruflich-gesellschaftliche Tätigkeit erfolgreich ausüben und die sich für ihn ganz persönlich aus der wissenschaftlich-technischen Revolution und den Veränderungen im Militärwesen ergebenden Aufgaben lösen“ könnte.⁹² Der Unterricht wurde auch für die Vertiefung des Freund-Feind-Bildes nutzbar gemacht durch Aufgaben, die Berechnungen von Geschößgeschwindigkeiten, Flugbahnen oder Volumen von Waffen beinhalteten. In den Handreichungen fanden sich u. a. Hinweise auf Waffentechniken der „imperialistischen Streitkräfte“ und deren Einsatz in Kriegen.

Eine wichtige Rolle in der „Wehrerziehung“ nahm der Sportunterricht ein, da er der vormilitärischen Körperertüchtigung dienen und zugleich die psychisch-physische Belastbarkeit des Schülers stärken sollte. Von militärischem Nutzen seien u. a. folgende Sportübungen: Überwinden von Hindernissen, Klettern, Weit- und Zielwerfen mit Bällen, Sprungübungen, ausdauerndes Schwimmen, Kampfsportarten.⁹³ Der physischen Vorbereitung auf den Wehrdienst dienten

90 Siehe u. a.: Jürgen Hartwig/Albert Wimmel: Wehrerziehung und vormilitärische Ausbildung der Kinder und Jugendlichen in der DDR. Stuttgart 1979;

Karl Ilter u. a.: Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung. Beiträge zur sozialistischen Wehrerziehung der Schuljugend der DDR. Berlin (Ost) 1974;

Karl-Günter Schirrmeyer: Erziehung zum Haß. Geistige Militarisation in der DDR. Bonn 1987.

91 Karl Ilter u. a.: Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung, a.a.O., S. 142.

92 Lehrplan Mathematik Klassen 9 und 10, zitiert nach: Karl Ilter, a.a.O., S. 136.

93 Siehe Joachim Tappert/Herbert Jodl: Körperertüchtigung und Sport für die sozialistische Landesverteidigung. Berlin (Ost) 1973.

die jährlichen „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ der FDJ in den Klassen 8 bis 10. Ziel dieser Wettkämpfe war es, die „patriotische und internationalistische Grundhaltung zur Verteidigung des Sozialismus“ weiter zu fördern und „den Haß gegen den Imperialismus und seine Söldner tief in den Herzen der Jugendlichen zu verwurzeln.“⁹⁴ Die „Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung“ schlug zur Verstärkung der emotionalen Erziehung den Einsatz von Medien (sowjetische Kriegs- und Memoirenliteratur, Schallplatten, Filme usw.) vor, die geeignet erschienen, „den Haß auf den Feind zu vertiefen, seine Machenschaften besser zu durchschauen und am geschichtlichen Beispiel Vergleiche zu ziehen.“⁹⁵

Der emotionalen „Wehrerziehung“ wurden auch die musischen und künstlerischen Fächer nutzbar gemacht: Pflege sozialistischer Soldaten- und Kampflieder; Zeichnen einer Weihnachtskarte für die Grenzsoldaten oder Begegnung mit Soldaten der NVA.

Auf der einen Seite sollten die jungen Menschen in ihrer Wehrbereitschaft motiviert werden, indem man ihnen vermittelte, daß sie für eine gerechte, für die freie Lebensform des Sozialismus einträten, auf der anderen Seite wurde der Haß gegen den Klassenfeind, gegen den aggressiven Imperialismus betont. Liebe und Haß, Freund und Feind stehen nach der marxistisch-leninistischen Ideologie in einem dialektischen Verhältnis und werden jeweils vom Klassenstandpunkt aus betrachtet: Der Haß des imperialistischen Ausbeuters vom Standpunkt der Arbeiterklasse sei somit ein sittlicher Wert; während umgekehrt, der Haß des sozialistischen Menschen vom Standpunkt der imperialistischen Klasse ein Verrat am Humanismus sei.

Im „Wissenspeicher Wehrausbildung“ wurde entsprechend diesem dichotomischen Schema vorgegangen: „Gerechte und ungerechte Kriege unterscheiden sich in unserer Epoche vor allem dadurch, ob sie ihrem objektiven politischen Inhalt nach mit den Interessen der revolutionären Arbeiterklasse übereinstimmen oder ob sie ihnen widersprechen.“⁹⁶ Da Militarismus als Resultat des Kapitalismus verstanden wurde, konnte der Sozialismus keinen Militarismus hervorbringen.

Die Wahrnehmungsmuster, die mit dem stereotypen Feindbild vermittelt wurden, und deren Vorurteilsstruktur sollten beim Rezipienten bewirken, daß er für ihn widersprüchliche Informationen aus der Bundesrepublik Deutschland als „Lügen des imperialistischen Lagers“ sozusagen erkannte und somit nur bedingt zur Kenntnis nahm. Er sollte sie, wenn sie nicht mehr verdrängt werden konnten, unter Verstärkung des Vorurteils als falsch zurückweisen

94 Karl Ilter: Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung, a.a.O., S. 190 ff.

95 Karl Ilter, a.a.O., S. 193.

96 Wissenspeicher Wehrausbildung. Das Wichtigste in Stichworten und Übersichten. Berlin 1982 (3.Aufl.), S. 10.

bzw. im von der SED erwünschten Sinne interpretieren. Dauernde Wiederholung – in den Schulfächern und außerhalb der Schule – sollten die intendierte Wirkung der Wehrerziehung verstärken. Die Feindbildvermittlung hatte zwei herrschaftsstabilisierende, ideologische Funktionen: der äußere Feind sollte von inneren Problemen ablenken und damit Kritik am eigenen System unterbunden werde. Der als aggressiv beschriebene Feind rechtfertigte die Unterdrückung der Opposition und Aufrechterhaltung und Ausbau des Militär- und Überwachungsapparates.

4. *Rolle des Pädagogen*

Die Schulordnung von 1979 nennt als Hauptaufgabe des Lehrers bzw. Pädagogen⁹⁷ „die Erteilung eines wissenschaftlichen, parteilichen und lebensverbundenen Unterrichts.“⁹⁸ Von den Lehrern wurde erwartet, daß sie, in ihrem „gesellschaftlichen und persönlichen Leben der jungen Generation stets Vorbild“ seien.⁹⁹ Nach dem Bildungsgesetz von 1965 sollte sich der Lehrer auch in seiner „gesellschaftlichen Tätigkeit außerhalb des Unterrichts [...] Aufgaben der Erziehung und der Freizeitgestaltung der Jugend“ zuwenden.¹⁰⁰ Hierzu zählten die Betreuung der Schüler in Arbeitsgemeinschaften, Sportgruppen, Klubs und in den organisierten Ferien.¹⁰¹

Die Bedeutung, welche die SED dem Pädagogen zumaß, brachte Gerda Opitz – Lehrstuhl Kultur- und Bildungspolitik an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED – zum Ausdruck: „Kaum eine Frage unserer gesellschaftlichen Entwicklung betrifft nicht auch den Lehrer. In ihrer Tätigkeit wird der menschliche Bezug der Gesamtpolitik zur unmittelbaren Parteiaufgabe und eigenen Verantwortung. Die Möglichkeiten und Perspektiven dieses Berufes verbinden sich in außerordentlicher Weise mit den Zwecken der sozialistischen Gesellschaft. Das oberste Ziel des Parteiprogramms, alles für das Wohl des

97 Der Sammelbegriff „Lehrer“ wurde in der DDR häufig durch die Bezeichnung „Pädagoge“ ersetzt, um dadurch eine Aufwertung des Berufs und eine Anhebung des Niveaus der Lehrerausbildung zum Ausdruck zu bringen.

98 Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen – Schulordnung – vom 29. November 1979, § 26, Abs. 1; in: Sozialistisches Bildungsrecht. Berlin 1988 (2. Aufl.), S. 109 ff.

99 Verordnung über die Pflichten und Rechte der Lehrkräfte und Erzieher der Volksbildung und Berufsbildung – Arbeitsordnung für pädagogische Kräfte – vom 29. November 1979, § 2, Abs. 1; in: Sozialistisches Bildungsrecht, a.a.O., S. 216.

100 Bildungsgesetz, a.a.O., § 25, Abs. 2.

101 Zu Tätigkeiten und Stellung des Lehrers, siehe zusammenfassend: Horst Stallmann: Lehrer und Lehrerbildung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR; in: Pädagogische Berufe in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von Siegfried Baske. Berlin 1990, S. 23 ff.;

Oskar Anweiler: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR, a.a.O., S. 134 ff.

Volkes, für die allseitige Entwicklung des Menschen zu tun, ist zugleich höchster Anspruch an die Lehrertätigkeit.“¹⁰²

Auf allen Parteitagern seit 1972 wurde stereotyp immer wieder der gesellschaftliche Auftrag des Lehrers in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft betont, ja heraufbeschworen: „Der Lehrer als Beauftragter des Arbeiter- und Bauernstaates prägt entscheidend das geistige, politische und moralische Antlitz der Jugend und beeinflusst damit Gegenwart und Zukunft unseres Volkes.“¹⁰³

Der Lehrer wurde von der SED hoch eingeschätzt – ähnlich war auch die Anerkennung des Berufes¹⁰⁴ in der Bevölkerung insgesamt; denn der Lehrer „schafft ja am Menschen“, wie es Anna Seghers ausdrückte.¹⁰⁵ Seine Tätigkeit, die Formung sozialistischer Persönlichkeiten, stellte in der Sichtweite der SED eine fortgesetzte ideologische Anforderung dar: „Für den gesellschaftlichen Fortschritt wie für die erfolgreiche Arbeit der Pädagogen ist entscheidend, von welchem ideologischen Standpunkt der Lehrer an seine Arbeit herangeht, wie tief er in die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, in die Gesellschaftsstrategie der Partei eingedrungen ist und welche politische Haltung er seinen Schülern vorlebt.“¹⁰⁶

Die Lehrer und Erzieher – gleiches galt auch für die Hochschullehrer – waren die Werkzeuge der Partei, welche die Kader „produzierten“. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden seitens der SED erhebliche Anstrengungen darauf verwandt, die Lehrerausbildung und -weiterbildung zu verbessern und vor allem, die Pädagogen ideologisch zu schulen.

Die zunächst fast ausschließlich ideologische Schulung nach dem Vorbild der sowjetischen Pädagogik begann im Januar 1951 mit der „Anweisung Nr. 82 für die Weiterbildung aller Lehrer, Kindergärtnerinnen und Heimerzieher“.¹⁰⁷ Neben Kursen über die Sowjetpädagogik beinhaltete das Programm Elemente des Marxismus-Leninismus und die Rolle der kommunistischen Partei auf pädagogischem Gebiet. Vorrangiges Ziel der Weiterbildungsveranstaltungen war es, den Primat des Politischen vor dem Pädagogischen zu begründen und von den Teilnehmern bejahen zu lassen. Nach einer kurzen Phase der Dezentralisierung und flexibleren Gestaltung der Lehrinhalte wurde ab 1962 die Lehrerweiterbildung vom Zentralinstitut in Ludwigsfelde organisiert und koordiniert. Fortan sollte die fachliche Weiterbildung vorrangig sein, damit für den umfassenden Aufbau des Sozialismus „ein qualitativ hohes fachliches

102 Gerda Opitz: *Der Lehrer in der Gesellschaft*. Berlin (Ost) 1988, S. 5.

103 So z. B. Erich Honecker auf dem IX. Parteitag der SED vom 18. bis 22. Mai 1976.

104 Vgl. D. Voigt/W. Voss/S. Meck: *Sozialstruktur in der DDR*. Darmstadt 1987, S. 161 ff.

105 Anna Seghers: *Der Lehrer*; in: Anna Seghers: *Über Kunstwerk und Wirklichkeit*, Band 4. Berlin (Ost) 1971, S. 256.

106 Gerda Opitz: *Der Lehrer in der Gesellschaft*, a.a.O., S. 8.

107 Einen knappen Überblick gibt Friedrich Winterhagen: *Lehrerweiterbildung in der DDR*; in: *Pädagogische Berufe*, a.a.O., S. 71 ff.

Wissen und Können des Pädagogen zu einer wichtigen Komponente für die politisch-ideologische Erziehung, für die Intensität und Effektivität des Lernens der Schüler, für die Entwicklung ihres Denk- und Erkenntnisvermögens, ihrer Wißbegierde und ihres Forschungsdranges und auch für die maximale Förderung von Begabungen und Talenten“ werde.¹⁰⁸

Im Bildungsgesetz von 1965 wurden die Wege der Weiterbildung in der jeweiligen Bildungsstätte, in Kursen und in Form individueller Weiterbildung (Fernstudium) festgelegt.¹⁰⁹ Aus der „Direktive für die Weiterbildung vom 20. Juli 1965“ geht eindeutig hervor, daß neben der fachlichen und pädagogischen Qualifizierung die ideologische Schulung einen zumindest gleichgewichtigen Stellenwert behalten sollte.¹¹⁰ Die hierin postulierte Einheit von politisch-ideologischer, fachlicher und pädagogischer Weiterbildung sollte zur Festigung des sozialistischen Bewußtseins beitragen. Ab den siebziger Jahren verlor die Weiterbildung im Fernstudium an Bedeutung, weil kaum mehr Bedarf an Erweiterung der Qualifizierung in anderen Fächern und Schulstunden bestand. Seitdem standen die seit 1971 obligatorischen Weiterbildungskurse, die einen Grundkurs in Marxismus-Leninismus und in Pädagogik/Psychologie sowie ein bis Fachmethodiken umfaßten, im Mittelpunkt der zentralen Weiterbildung.

Die Frage, welche Freiräume dem Lehrer angesichts der vielfältigen Reglementierungen noch blieben, läßt sich nur schwerlich beantworten. Gewiß engte die Vielzahl von Vorschriften auch die pädagogische Praxis des Lehrers ein; das reichte bis zu zentralen Anweisungen für die Bewertung von Schülerleistungen. Andererseits waren die Stundendeputate und Klassengrößen im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland niedriger. Wegen der vielfältigen Kontakte mit den Schülern und den auf die Schule einwirkenden Kräften (Schulorganisationen der SED, Schulgewerkschaften, Weiterbildungsinstitutionen) hatten die Lehrer zudem größere Möglichkeiten, den Schüler zu beeinflussen. Man kann dem Lehrer in der ehemaligen DDR daher ein hohes Maß an pädagogischer Verantwortung zuschreiben; dieses gilt im positiven vor allem aber im negativen Sinne. Wenn auch die politisch-ideologische Erziehung nicht die von der SED erwünschten Erfolge erzielt hatte, gelang doch weitgehend die Disziplinierung der Schüler im Stile antiquierter Pädagogikkonzepte.¹¹¹

Die Lehrer wurden in der DDR vielfältig versorgt und ausgezeichnet.¹¹² Trotz der gesellschaftlichen Verpflichtungen in den Schulferien hatten sie einen

108 Werner Kath: Aufgaben des Zentralinstituts für Lehrerweiterbildung im System der Qualifizierung der Lehrer, Erzieher und Schulfunktionäre; in: Pädagogik 18 (1963), S. 468.

109 Bildungsgesetz, a.a.O., § 29, Abs. 3.

110 Siehe Direktive für die Weiterbildung der Lehrkräfte, Erzieher und Schulfunktionäre; in: Monumenta Paedagogica VII/2, a.a.O., S. 630 ff.

111 Vgl. Arnold Freiburg: Schüler, Ordnung und Disziplin; in: B. Hille/W. Jaide: DDR-Jugend. Politisches Bewußtsein und Lebensalltag. Opladen 1990, S. 276 ff.

112 Die Bezüge stiegen zwar zeitweise langsamer als die durchschnittlichen Einkommen in der Volkswirtschaft, aber die Altersversorgung betrug bis zu 90% des letzten Nettolohns. Außerdem gab es Sondervergünstigungen und Prämien sowie Titularbeförderungen, die mit Zulagen verbunden waren.

höheren Urlaubanspruch als alle übrigen Beschäftigten.¹¹³ Nach Erhebungen zur Arbeitsbelastung arbeiteten Lehrer selbst während der Schulzeit weniger als der Durchschnitt der Beschäftigten in der DDR.¹¹⁴

Der Lehrerberuf war also durchaus attraktiv. Die Lehrer hatten insgesamt zu ihrem Staat und ihrer Gesellschaft ein positiveres Verhältnis als die Durchschnittsbevölkerung.¹¹⁵ Diese Behauptung ist durchaus ernst zu nehmen, wenn man berücksichtigt, daß die überwiegende Mehrzahl der Lehrer und Erzieher SED-Mitglieder waren, und wenn man das Sozialprestige – zumindest über einen großen Zeitraum der DDR-Geschichte – sowie die Rekrutierungsmechanismen für diese Berufsgruppe betrachtet.¹¹⁶ Gleichwohl läßt sich hieraus nicht ableiten, daß die Mehrzahl der Lehrer das SED-Regime aktiv stützten.

Anders verhält es sich mit der Wertschätzung der Lehrer durch die Schüler¹¹⁷: Der „Durchschnittslehrer“ sei zwar um einen guten Unterricht bemüht, „aber ohne Lockerheit, und wirkt sehr gestreift. Hinterläßt einen angepaßten Eindruck und reagiert nervös und übereifrig, wenn Direktor oder Parteisekretär auftauchen“. Die „rote Socke“ führt einen straffen, marxistischen Unterricht; diesem Typ werden vor allem Direktoren, Parteisekretäre, Staatsbürgerkunde- und Geschichtslehrer zugeordnet. Der „Zyniker“ meidet brisante Themen und gilt als politisch undurchschaubar; er unterrichtet vor allem mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer und Sport. Der „Glücksfall“ ist aufgeschlossen, gerecht und tolerant; er findet sich nach Einschätzung der Schüler fast ausschließlich bei Frauen der Altersgruppe der Dreißig- bis Vierzigjährigen. Diese Typisierung von Lehrern der Oberstufe entspricht anderen Beobachtungen, wonach vor allem in den achtziger Jahren die Glaubwürdigkeit des Lehrers mit zunehmendem Alter der Schüler abgenommen hat.

Besonders die ideologischen Phrasen, die im Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht über die Unterrichtsmedien vermittelt werden sollten, fanden wenig Gegenliebe bei den Schüler. Gerade in diesen Fächern wirkten der Frontalunterricht und die Lehrervorträge motivationshemmend. Kritische Arbeit mit und anhand von Quellen und Texten war nicht vorgesehen und mit den vorhandenen Materialien auch nicht möglich gewesen. Die Gestaltungsmöglichkeiten des Lehrers waren von daher betrachtet sehr eingeschränkt,

113 Zum allgemeinen Urlaub von 18 Tagen erhielten die Lehrer fünf Tage zusätzlich und weitere 20 Tage zur geistigen und körperlichen Rekreation.

114 Vgl. Hans-Georg Schönwälder: Erziehungswissenschaft und Lehreralltag in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland; in: Erziehungswissenschaftliche Disziplinen und Forschungsschwerpunkte in der DDR, hrsg. von Siegfried Baske. Berlin 1986, S. 210.

115 Hierauf deuten Beiträge in der Zeitschrift „Pädagogik“ hin; vgl. z. B. Jahrgang 32 (1977), Beiheft 1, S. 26 ff. oder Jahrgang 33 (1978), Beiheft 3, S. 3 ff.

116 Siehe hierzu die Arbeiten von Dieter Voigt.

117 Die folgenden Angaben stützen sich auf Befragungen von etwa 1100 Jugendlichen zum Thema „Staat und Schule“, die 1986/87 von Freya Klier illegal vorgenommen wurden. Siehe Freya Klier: Lüg Vaterland. Erziehung in der DDR. München 1990, S. 168 f. Wenn es sich hierbei auch nicht um repräsentative Umfragen mit den Instrumentarien der Meinungsforschung handelt, so sind die Aussagen dennoch interessant, da sie mit anderen Untersuchungen weitgehend übereinstimmen.

zumal außerdem eine völlige Übereinstimmung zwischen den Lehrplanvorgaben und Unterrichtswerken sowie Unterrichtshilfen bestand und über die Pädagogischen Akademien und teilweise auch die Parteihochschule auf die Unterrichtsinhalte und deren Vermittlung massiv Einfluß genommen wurde. Dem Lehrer blieben in den geisteswissenschaftlichen Fächern allenfalls gewisse Freiräume bei der methodischen Gestaltung. Generell waren die Ziele und Inhalte in den extrem lernzielorientierten Lehrplänen und den zentral entwickelten Unterrichtsmitteln festgelegt. Mit den obligatorischen Weiterbildungskursen war ab den siebziger Jahren zudem gewährleistet, daß alle Lehrer mit den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Zielvorgaben, die auf den Parteitag der SED verkündet wurden, vertraut gemacht und ideologisch beeinflußt wurden.

Das Selbstverständnis des Pädagogen war, wenn man eher zufällig aufgezeichnete Gespräche und Beiträge von Lehrern als ein Stimmungsbild bewertet, vor allem in der jüngeren Generation zunehmend zwiespältig. Einerseits sah man die pädagogische Aufgabe positiv und betonte, daß es auch Freiräume in der Unterrichtsgestaltung gegeben habe, andererseits beklagte man ideologische und politische Zwänge. So äußerte eine zweiunddreißigjährige Lehrerin Mitte 1989 auf die Frage, ob der Lehrerberuf sehr diskreditiert sei: „Zu Recht. Der Lehrerberuf ist ja in einigen Bestimmungen eindeutig definiert. Du bist ein Werkzeug. Ein Werkzeug des Staates. Bloß wenn du erstmal die Tür hinter dir zumachst und vor der Klasse stehst, dann kannst du eine Menge machen, weil die nicht alles kontrollieren können. Na gut, wenn du erstmal aufgefallen bist, dann kannst du gar nichts mehr machen. Dann kommen die ständig unangemeldet, du kannst nicht mal mehr mit den Eltern allein ein Gespräch führen.“¹¹⁸ Die Lehrerin beklagte weiter, daß der Lehrer mit den ihm zugewiesenen Aufgaben überfordert wäre. Das Beispiel ist in gewisser Weise symptomatisch für die Zwänge, denen die Lehrer in der DDR ausgesetzt waren und denen viele von ihnen nicht gewachsen waren.

5. *Wirksamkeit politischer Indoktrination*

Besonders fragwürdig war die Vermittlung sozialistischer Werte, die Umsetzung politischer Parolen, der Appell an die Solidarität mit der sozialistischen Staatengemeinschaft, die patriotische Erziehung oder der Aufruf zu Arbeiten für das Kollektiv. Die Sprache der politischen und wissenschaftlichen „Kader“ verkümmerte zu stereotypen Floskeln. Permanent wurden Zielvorstellungen und Aufgaben der Erziehung in der sozialistischen Gesellschaft in Begriffe gepreßt wie Disziplin, Autorität (der Partei und ihrer Gliederungen, der

¹¹⁸ 40 Jahre DDR... und die Bürger melden sich zu Wort, hrsg. von Bärbel Bohley u. a. Berlin 1989, S. 130.

Herrschaftsträger insgesamt), Kollektivität, Ordnung oder Pflicht, in Gegensatzpaare wie Sozialismus und Kapitalismus, Freund und Feind oder Liebe und Haß. Diese stereotype Sprache war autoritär wie das System, das sich ihrer bediente. Stereotypen und autoritative Handlungsanweisungen durchzogen auch die Schulgesetze, die Lehrpläne, die Unterrichtsmaterialien und Unterrichtshilfen. Entlarvend wirkten dann Formulierungen wie die „Linienführung“ des Unterrichts (entsprechend den politisch-ideologischen Vorgaben).

Selbst die SED hegte anscheinend Zweifel an ihrer ideologischen Bildungsarbeit trotz oder gerade wegen der dauernden Beteuerung der herausragenden Rolle des Bildungswesens für den Aufbau bzw. die Gestaltung und Festigung des Sozialismus sowie für die Prägung der sozialistischen Persönlichkeit. Vor allem in den fünfziger Jahren und dann wieder verstärkt in den achtziger Jahren äußerte die SED-Führung wiederholt Bedenken hinsichtlich des politisch-ideologischen Ausbildungsstandes ihrer wissenschaftlichen und pädagogischen „Kader“ und deren Fähigkeit bzw. Bereitschaft, den ihnen aufgetragenen Beitrag zur Erziehung des sozialistischen Menschen leisten zu können. Margot Honecker wies mehrfach darauf hin, daß die „Lehrerbildner“, Lehrer und Studenten weiter spürbare Fortschritte auf dem Weg zur Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft machen müßten, wie er im Programm der SED vorgezeichnet war und auf den Parteitag und Pädagogischen Kongressen jeweils präzisiert bzw. neu bestimmt wurde.

Besonders in den letzten Jahren der DDR wurden die Bemühungen verstärkt, um die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Erziehung zu erhöhen. Auf einer Konferenz des Ministeriums für Volksbildung 1986 wurde Kritik geübt an der Einstellung der Lehramtsstudenten im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, in dem „weltanschauliche Problemsicht erlernt und eingeübt werden“ müsse, „wobei diese stets die aktive Beziehung des Subjekts zum jeweiligen Problem einschließt. Es darf kein Thema der Weltanschauung und Politik geben, das 'beziehungslos' hinsichtlich der Werte des Sozialismus und der wirklich aktiven Lebensgestaltung angeboten wird. Natürlich wird das auch gegenwärtig schon getan, aber es geht doch darum, dem bisweilen noch anzutreffenden Beobachterstandpunkt der 'akademischen Distanziertheit' bei heranwachsenden Lehrern energischer zu begegnen. Ein Lehrer mit objektivistischen Positionen ist für die Erfüllung seines Erziehungsauftrages denkbar ungeeignet.“¹¹⁹ In fast allen Diskussionsbeiträgen dieser Konferenz wurden die „weltanschaulich-politischen Aufgaben des Lehrers“ betont und spürbarer Zuwachs an „marxistisch-leninistischem Wissen“ sowie die „Vertiefung der sozialistischen Überzeugungen“ und Leistungen des Lehrers gefordert.

Der Zusammenbruch des SED-Regimes bedeutete gleichzeitig die Bankrotterklärung der politisch-ideologischen Erziehung und mithin des sozialistischen

119 „Die Schulpolitik der SED und die wachsenden Anforderungen an die Lehrer“, a.a.O., S. 83.

Bildungssystems. Jedoch ist damit die Frage nach der Wirksamkeit politischer Indoktrination nicht zureichend beantwortet. Mehrere Indikatoren sprechen für ein differenziertes Urteil:

1. Die Feststellung, daß die Mitgliedszahlen der Kirchengemeinden rückläufig waren, während die FDJ seit ihrer Gründung kontinuierlich zugenommen hatte, sind kein Indiz dafür, daß die Kampagnen zur Stärkung der sozialistischen Ideologie wirkungsvoll waren. In den achtziger Jahren waren über 70% der Altersgruppe der Vierzehn- bis Fünfundzwanzigjährigen Mitglied der FDJ, also der Organisation, die für sich in Anspruch nahm, das einzige „Mandat für die Jugend“ zu haben. Jedoch dürfte die Mehrzahl der Jugendlichen eher aus Bequemlichkeit der Jugendorganisation beigetreten, zumal diese viele Vorteile bot: Organisation von Reisen, Veranstaltung von Rockkonzerten usw.
2. Inwiefern sich die Jugendlichen mit der DDR identifizierten, ist aufgrund der empirischen Untersuchungen nur schwer zu beantworten. Im Frühjahr 1989 fühlten sich 56% der befragten Jugendlichen uneingeschränkt als DDR-Bürger.¹²⁰ Nach einer anderen Umfrage bei Jugendlichen in Berlin 1991 bedeutete für 25,9% der Ostberliner Jugendlichen der Verlust der DDR-Identität ein Problem.¹²¹ Als Gründe gaben die Befragten an, daß das Leben in der DDR sozial und sicher gewesen sei. Zugleich erkannten sie aber auch die Probleme, die sich aus staatlicher Kontrolle und Bevormundung sowie aus den geringen Möglichkeiten, Eigeninitiativen zu entwickeln, ergeben hatten.
3. Untersuchungen, die das Zentralinstitut für Jugendforschung im Mai 1989 durchgeführt hat, zeigten, daß sich 62% der Lehrlinge kaum oder gar nicht mit dem Marxismus-Leninismus identifizieren, während sich nur noch 10% mit der SED stark verbunden fühlten. Das Streben nach individueller Selbstbestimmung, nach Bildung und beruflichem Erfolg, nach gesellschaftlicher Anerkennung und nach materiellen Werten war in den letzten Jahren der DDR nach den Untersuchungen des Instituts deutlich angestiegen.¹²² Andererseits belegen Untersuchungen, daß Jugendliche in den neuen Bundesländern sehr anfällig für die Parolen rechtsradikaler Strömungen sind und leicht zur Intoleranz neigen. Die Erziehung zum „Internationalismus“ und zur „Völkerfreundschaft“ scheint nicht besonders wirkungsvoll gewesen zu sein, wenn man die in der Bevölkerung der

120 Vgl. Harry Müller: Lebenswerte und nationale Identität; in: Walter Friedrich/Hartmut Griese (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Opladen 1991.

121 Detlef Oesterreich: Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West. Weinheim u. München 1993.

122 Walter Friedrich: Mentalitätswandlungen der Jugendlichen in der DDR; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16–17/1990, S. 25–37.

ehemaligen DDR weit verbreiteten Aversionen gerade gegen Polen, also Bürger eines ehemaligen sozialistischen Bruderlandes, betrachtet.

Solche Beobachtungen deuten auf die Nichtwirksamkeit aber auch auf die negative Wirkungen politisch- ideologischer Erziehung vor allem im Staatsbürgerkundeunterricht hin, der zur Bevormundung und Unselbständigkeit führte, ihnen aber nicht die Fähigkeit zur Kritik, zur eigenen rationalen Urteilsbildung oder zur Toleranz vermittelt, mithin Fähigkeiten demokratischen Verhaltens, die gerade im Bereich der politischen Bildung einzuüben sind.

4. Die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit verfehlte ihre selbst gesetzten Ziele; denn sie prägte keine Persönlichkeiten. Nach Ansicht des Psychotherapeuten Maaz wurde unter der Parole allseitig gebildeter Persönlichkeiten in der Schule „jedem das 'Rückgrat' gebrochen, und es kam keiner heraus, der sich nicht einengenden Normen und repressiver Manipulation unterworfen hätte“. Er fährt fort: „Die Ich-Schwäche der Lehrer und ihr Untertanengeist sollten garantieren, daß sich die Charakterdeformation durch den autoritären Unterricht und die Gehirnwäsche mit permanenter Nötigung zu Lippenbekenntnissen 'fortpflanzte“.¹²³ Diese Diagnose deckt sich mit anderen Aussagen. So bestand für Christa Wolf die Deformation der DDR-Schule darin, „daß unsere Kinder in der Schule zur Unwahrhaftigkeit erzogen und in ihrem Charakter beschädigt werden, daß sie gegängelt, entmündigt und entmutigt werden.“¹²⁴ Ob diese Beobachtungen allgemein zutreffen, bedarf weiterer Untersuchungen. Dabei ist auf jeden Fall stärker zu berücksichtigen, inwiefern die eigenen Erfahrungen der Schüler im Umgang mit Mitschülern und Freunden und nicht zuletzt der Einfluß des Elternhauses der schulischen Erziehung gegenzusteuern vermochten.
5. Verhaltensmuster der Menschen aus der ehemaligen DDR bestätigen, daß die ideologische Erziehung zumindest rudimentär Spuren hinterlassen hat. Als Beispiel sei hier nochmals auf Hans-Joachim Maaz verwiesen, der in einem deutsch-deutschen Zwiegespräch mit seinem westdeutschen Kollegen Michael Lukas Moeller sozusagen eine Selbstbestätigung seiner Diagnose liefert:

Maaz: „Ich empfand in den repressiven Strukturen der DDR eigenartigerweise immer ein Sicherheitsgefühl und hatte mich ganz gut eingerichtet; ich lebte so, als würde das Ganze ewig weitergehen. [...] Noch völlig unklar ist mir, wie ich mich in Zukunft unangenehmen Ansprüchen der neuen Macht entziehen kann. Wie kann ich den neuen repressiven Strukturen [...] entkommen.“

123 Hans Joachim Maaz: Der Gefühlsstau. München 1990, S. 27.

124 Christa Wolf: „Das haben wir nicht gelernt“. Denken, Streiten, Handeln!; in: Wochenpost, Nr. 43 vom 27. Okt. 1989.

Moeller: „Die Frage, wie werde ich mit den neuen Machthabern klarkommen, könnte ich im Westen in dieser Form gar nicht formulieren. Ich sehe Regierung, Behörden und alles, was noch über mir ist [...] in keiner Weise als 'Machthaber'. Ich könnte dieses Wort in mir gar nicht finden.“¹²⁵

6. Der gegenwärtige Umstrukturierungsprozeß in den neuen Bundesländern verändert die Lebensbedingungen dramatisch und verlangt eine Neubestimmung der Lebensorientierungen. Dieser Prozeß trifft in besonderen die Kinder und Jugendlichen. Erste empirische Untersuchungen, die nach 1989 durchgeführt wurden, geben nur Momentaufnahmen eines Wandlungsprozesses wieder, der durch die für eine solche Situation typische Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigkeiten charakterisiert ist.¹²⁶ Das heißt, Fragen nach den Folgen politischer Indoktrinierung im Bildungswesen der ehemaligen DDR können gegenwärtig noch nicht hinreichend beantwortet werden.

6. *Forschungsdefizite und Literaturhinweise*

Forschungsdefizite bestehen hinsichtlich der Frage der Vermittlung der sozialistischen Persönlichkeit in der Schule vor allem unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Welchen Beitrag hatten die verschiedenen Schulfächer zur politisch-ideologischen Erziehung zu leisten und inwiefern erfüllten sie ihren Auftrag, zur Prägung der sozialistischen Persönlichkeit beizutragen?

Systematische Untersuchungen der Lehrpläne, Unterrichtswerke, Unterrichtshilfen und Stundenentwürfen liegen für den gesamten Zeitraum des Bestehens der DDR nicht oder nur unzureichend vor. Die letzte größere Untersuchung zum Fach Staatsbürgerkunde wurde Ende der siebziger Jahre durchgeführt; zur Ideologisierung des Geschichtsunterrichts liegen mehrere Einzelstudien vor, die zwar Einblicke und Übersichten vermitteln, aber nicht das ganze Spektrum der für den Unterricht relevanten Medien, Verordnungen, politischen Vorgaben u. a. abdecken. Ähnliches gilt auch für andere Fächer.

125 Michael Lukas Moeller/Hans Joachim Maaz: Die Einheit beginnt zu zweit. Ein deutsch-deutsches Zwiegespräch. Berlin 1991, S. 7 ff.

126 Siehe den Zwischenbericht des Projekts „Kinderbiographie, Kinderkultur und familiale Generationsbeziehungen im interkulturellen Vergleich“, dessen Anliegen es ist, in einer qualitativen und quantitativen Längsschnittstudie den Wandel des Kinderlebens in Ost-, Westdeutschland und den Niederlanden zu untersuchen: Heinz-Hermann Krüger/Gerlinde Haak/Marion Musiol: Kindheit im Umbruch. Biographien ostdeutscher Kinder; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/93, S. 32–39; vgl. Christian Palentien/Käte Pollmer/Klaus Hurrelmann: Ausbildungs- und Zukunftsperspektiven ostdeutscher Jugendlicher nach der politischen Vereinigung Deutschlands; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/93; S. 3–13.

2. Die Frage der Wirksamkeit der „antifaschistischen“, sozialistischen Erziehung.

In der Rückschau melden heute auch Pädagogen aus der ehemaligen DDR Zweifel an, ob die sozialistische Erziehung wenigstens konsequent antifaschistisch und humanistisch gewesen sei: „Wenn es einen nicht unbedeutenden Anteil von Schülern gibt, die der Faschismus innerlich kalt läßt, denen er nichts zu sagen hat, so erklärt sich das unseres Erachtens nicht nur aus der objektiven historischen Distanz zu jener Zeit sondern auch und besonders aus der offiziellen Art und Weise der Vergangenheitsbewältigung in der DDR, die eine persönliche Verantwortung weitgehend ausklammerte, und aus Einseitigkeiten und Verzerrungen der bisherigen Geschichtspropaganda.“¹²⁷ In der Schule war der propagierte Antifaschismus ein politischer Kampfbegriff, der eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht leistete. Vielmehr wurde die Verantwortung für diese Epoche der deutschen Geschichte verdrängt.

3. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und ihrer Vermittlung in Schule und Hochschule ist eine notwendige Voraussetzung der Vergangenheitsbewältigung und der anstehenden neuen Bewertung der deutschen Nachkriegsgeschichte. Der Geschichtsunterricht kann nur dann seine gegenwärtig wohl vordringliche Aufgabe leisten, zur Identitätsfindung und Identitätsbildung beizutragen, wenn er sich dieser Thematik und gleichermaßen der Aufarbeitung der westdeutschen Geschichte stellt. Erste Ansätze finden sich in Publikationen von Historikern aus den alten und neuen Bundesländern.¹²⁸

4. Gleichermäßen ist die politische Bildung aufgefordert, sich mit den Defiziten der Vergangenheit zu beschäftigen.

Hier geht es einerseits um die unterschiedlichen Wertorientierungen und den Wertewandel in den alten und neuen Bundesländern, andererseits darum, Defizite demokratischen politischen Verhaltens, die aus der fehlenden politischen Bildung in der ehemaligen DDR resultieren, zu analysieren und Abhilfe in der Gegenwart aufzuzeigen. Dabei reicht es nicht aus, didaktische Konzeptionen, die in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik entwickelt und praktiziert wurden, auf die neuen Bundesländer zu übertragen.

Eine vorrangige Aufgabe vor allem der politischen Bildung besteht darin, die Hypothek des „inneren Erbes“ der DDR zu überwinden. Hierzu gehören die innere Einstellung auf eine pluralistische Gesellschaft mit ihren Spannungsfeldern von Konflikt und Konsens, die Fähigkeit zur Toleranz und Entschiedenheit zugleich, zur Selbstbehauptung und Solidarität. An die Stelle des Auswendiglernens von Dogmen tritt der Dialog, die freie Diskussion.

127 Rudolf Dennhard/Wilfried Schubarth: Blieb unsere antifaschistische Erziehung wirkungslos; in: Deutsche Lehrerzeitung 22/1990.

128 Vgl. Uwe Uffelman (Hrsg.): Identitätsbildung und Geschichtsbewußtsein nach der Vereinigung Deutschlands. Weinheim 1993.

Allgemein läßt sich feststellen, daß die Aufarbeitung der ideologischen Aspekte der DDR – Bildungspolitik noch nicht genügend geleistet ist.

Literatur

Die Literaturhinweise beschränken sich auf einige grundlegende Publikationen zur Thematik. Auf spezielle Untersuchungen zu einzelnen, der hier behandelten Fragen wurde in den Anmerkungen hingewiesen.

- Ahrbeck, Rosemarie: Die allseitig entwickelte Persönlichkeit. Berlin (Ost) 1979
- Allgemeinbildung – Lehrplanwerk – Unterricht. Autorenkollektiv unter der Leitung von Gerhart Neuner. Berlin (Ost) 1972
- Anweiler, Oskar: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR. Opladen 1989
- Anweiler, Oskar u. a. (Hrsg.): Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1992
- Anweiler, Oskar (Hrsg.): Erziehungs- und Sozialisationsprobleme in der Sowjetunion, der DDR und Polen. Hannover 1978
- Baske, Siegfried/Engelbert, Martha (Hrsg.): Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands, 2 Bände. Berlin 1966
- Baske, Siegfried (Hrsg.): Bildungspolitik in der DDR 1963–1976. Berlin u. Wiesbaden 1979
- Baske, Siegfried (Hrsg.): Pädagogische Berufe in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1990
- Beck, Thomas: Liebe zum Sozialismus – Haß auf den Klassenfeind. Sozialistisches Wehrmotiv und Wehrerziehung in der DDR. Lüneburg 1983
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Köln 1990
- Deja-Löhlhöffel, Brigitte: Erziehung nach Plan. Schule und Ausbildung in der DDR. Berlin 1988
- Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von der Kommission für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Monumenta Paedagogica VI, VII/1, VII/2, XVI/1 und XVI/2. Berlin (Ost) 1969–1975
- Drefenstedt, Edgar: Sozialistische Unterrichtstheorie. Entwicklung in der DDR von 1945 bis 1965. Berlin (Ost) 1977
- Einheitlichkeit und Differenzierung im Bildungswesen. Ein internationaler Vergleich. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Werner Kienitz. Berlin (Ost) 1973 (2. Aufl.)
- Fischer, Andreas: Das Bildungssystem der DDR. Entwicklung, Umbruch und Neugestaltung seit 1989. Darmstadt 1992
- Glaessner, Gert-Joachim (Hrsg.): Die DDR in der Ära Honecker: Politik, Kultur, Gesellschaft. Opladen 1988
- Günther, Karl-Heinz u. a.: Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik. 3. Aufl. Berlin (Ost) 1989
- Günther, Karl-Heinz u. a.: Geschichte der Erziehung. Berlin (Ost) 1988 (16. Aufl.)
- Günther, Karl-Heinz/Uhlig, Gottfried: Geschichte der Schule in der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1971. 2. Aufl., Berlin (Ost) 1974
- Helwig, Gisela (Hrsg.): Schule in der DDR. Köln 1988
- Hettwer, Hubert: Das Bildungswesen in der DDR. Strukturelle und inhaltliche Entwicklung seit 1945. Köln 1976
- Hille, Barbara/Jaide, Walter: DDR-Jugend. Politisches Bewußtsein und Lebensalltag. Opladen 1990

- Honecker, Margot: Zur Bildungspolitik und Pädagogik in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost) 1986
- Klier, Freya: Lüg Vaterland. Erziehung in der DDR. München 1990
- Laabs, Hans-Joachim u. a. (Hrsg.): Pädagogisches Wörterbuch. Berlin (Ost) 1987
- Lange, G.M.: Totalitäre Erziehung. Das Bildungswesen der Sowjetzone Deutschlands. Frankfurt/Main 1954
- Lenke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR. Opladen 1991
- Neuner, Gerhart: Allgemeinbildung. Berlin (Ost) 1989
- Niermann, Johannes: Sozialistische Pädagogik in der DDR. Eine wissenschaftstheoretische Untersuchung. Heidelberg 1972
- Niermann, Johannes: Lehrer in der DDR. Heidelberg 1972
- Opitz, Gerda: Der Lehrer in der Gesellschaft. Berlin (Ost) 1988
- Pädagogik. Hrsg. von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR und der DDR. Verantwortlicher Leiter für die deutsche Ausgabe Gerhart Neuner. Berlin (Ost) 1989
- Rüther, Günther (Hrsg.): Kulturbetrieb und Literatur in der DDR. Köln 1987
- Schmid, Hans-Dieter: Geschichtsunterricht in der DDR. Stuttgart 1979
- Schmitt, Karl: Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR. Paderborn 1980
- Die Schulpolitik der SED und die wachsenden Anforderungen an den Lehrer und die Lehrerbildung. Protokoll der Konferenz des Ministeriums für Volksbildung der DDR. Berlin (Ost) 1986
- Sozialismus und Persönlichkeit, hrsg. Autorenkollektiv unter der Leitung von L.Archangelski. Moskau 1979; dt. Berlin (Ost) 1980
- Waterkamp, Dietmar: Das Einheitsprinzip im Bildungswesen der DDR. Bildung und Erziehung, Beiheft 3. Köln/Wien 1985
- Waterkamp, Dietmar: Handbuch zum Bildungswesen der DDR. Berlin 1987
- Weber, Hermann: Die DDR 1945–1986. München 1988